

Inhalt

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN	5
1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)	5
1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):.....	5
1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:	5
2. Vertragsstrafen	6
3. Zahlung (§ 16 VOB/B)	7
4 - 9 - frei -	7
10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen.....	7
10.0100 Vertragsbestandteile.....	7
10.0105 Rangfolge	7
10.0110 Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich- rechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von Bauleistungen.....	8
10.0200 Übergabe von Unterlagen	8
10.0205 Dateiformat	8
10.0210 Übergabe von Unterlagen durch den Auftraggeber	8
10.0300 Entfällt.....	8
10.0400 Leistungspflichten des AN	8
10.0405 Herstellen von Plänen, Zeichnungen und Unterlagen durch Auftragnehmer	8
10.0410 Pläne, ergänzende Unterlagen.....	9
10.0415 Genehmigungen.....	10
10.0420 Freistellungsbescheinigung.....	10
10.0425 GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie	10
10.0430 PKM – Projekt-Kommunikations-Management-System	11
10.0435 Kommunikationshandbuch.....	11
10.0440 Koordinierungsverpflichtung	11

10.0445 Baustellenausweise.....	11
10.0450 Kantinen	12
10.0455 Einrichtung von Unterkünften	12
10.0460 Baustellenbesprechungen	12
10.0465 Bautagesberichte	12
10.0470 Anzeigepflichten	13
10.0475 Sicherheit und Gesundheitsschutz auf der Baustelle.....	13
10.0480 Ausführungsregelungen, baufeldbezogene Leistungspflichten.....	14
10.0485 Bedenken	15
10.0490 Qualitätssicherung	15
10.0495 Vermessung.....	15
10.0500 Urkalkulation	16
10.0600 Vergütung.....	17
10.0605 Kosten der Abnahme.....	17
10.0610 Lohnleitklausel.....	17
10.0615 Entfällt.....	17
10.0620 Aufwand wegen besonderen logistischen Anforderungen	17
10.0700 Stundenlohn	18
10.0705 Anordnung von Stundenlohnarbeiten.....	18
10.0710 Stundennachweise	18
10.0800 Abrechnung	18
10.0805 Abrechnungsunterlagen	18
10.0810 Abrechnung Technische Bearbeitung	18
10.0815 Abrechnung Bauleistungen.....	18
10.0820 Aufmaß	19
10.0825 Abrechnungspläne	19
10.0830 Örtliches Aufmaß	19

10.0835	Aufmaßblätter	20
10.0840	Mengenzusammenstellung	20
10.0845	Rechnungslegung	20
10.0850	Abschlagsrechnungen	21
10.0855	Schlussrechnungen und Teilschlussrechnungen	21
10.0900	Nachtragsangebote	22
10.0905	Anforderungen an Nachtragsangebote	22
10.0910	Anordnungen / Weisungsrechte	24
10.1000	Vertretung	24
10.1005	Bevollmächtigte Vertreter	24
10.1010	Projektleitung, Projektorganisation	25
10.1100	Ausführungsfristen, Behinderungen	26
10.1105	Fristen und Termine – Verschiebung des Ausführungsbeginns	26
10.1110	Detailterminplan (Planungs- und Ausführungstermine)	26
10.1115	Fristen / Terminüberwachung	28
10.1120	Behinderungen	28
10.1125	Unterrichtung über Verzögerungen	29
10.1200	Abnahme	29
10.1205	Abnahmen / Teilabnahmen	29
10.1210	Übernahme betriebstechnischer Anlagen	30
10.1215	Dokumentationsunterlagen	30
10.1220	Nutzung fremden Geländes	31
10.1300	Mängelansprüche	31
10.1305	Verjährungsfrist für Mängelansprüche	31
10.1310	Mängelbeseitigung	31
10.1400	Versicherung	32
10.1405	Multirisk-Versicherung	32

10.1500	Sicherheiten.....	32
10.1505	Vertragserfüllungssicherheit	32
10.1510	Sicherheit für Mängelansprüche	32
10.1515	Sicherheit für Vorauszahlung.....	33
10.1517	Sicherheit für Vorauszahlung.....	33
10.1520	Art der Sicherheit.....	34
10.1525	Sicherheitsleistung durch Bürgschaft	35
10.1530	Erhöhung der Vertragserfüllungssicherheit bei Auftragswerterhöhung durch Nachträge	35
10.1535	Sicherheit für Abschlagszahlungen im Sinne des § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B	35
10.1600	Einsatz von Arbeitskräften und Nachunternehmern	36
10.1605	Vereinbarung Tariftreue mit Vertragsstrafe	36
10.1610	Mittelstandsförderung	36
10.1615	Andere Unternehmer	36
10.1620	Einsatz von Arbeitskräften und Nachunternehmern	37
10.1700	Urheberrechte	38
10.1705	Urheber- und Schutzrechte Nutzung	38
10.1800	Abtretung, Aufrechnung.....	39
10.1900	Schiedsgutachterklausel.....	40
10.2000	Schlussbestimmungen.....	40
10.2005	Vertraulichkeit.....	40
10.2010	Gerichtsstand	41

Vergabenummer	VG-6000-2019-0376
---------------	-------------------

Baumaßnahme

Projekt FAIR

Planckstraße 1, 64291 Darmstadt

Leistung

VE_400_022 Elektrotechnik Nord1

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)

1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):

Mit der Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen der Realisierungsphase I ist zu beginnen

- ☐ am .
- ☒ spätestens **5 20** Arbeitstage nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der _____KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B); die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum _____ zugehen.
- ☐ nach der im beigefügten Rahmenterminplan ELT Nord I ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung der Realisierungsphase I ist zu vollenden (abnahmereif fertigzustellen)

- ☐ am
- ☒ innerhalb von **735 960** Arbeitstagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der _____KW _____, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Rahmenterminplan Elektrotechnik Nord1 ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B sind:

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☒ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen (= Zwischenfrist) (-Arbeitstage sind Montag bis Freitag, soweit nicht einer dieser Tage ein gesetzlicher Feiertag am Ort der Baustelle ist)
 - ☒ aus dem beigefügten Rahmenterminplan Elektrotechnik Nord1

VF 1: Abschluss Inbetriebnahmestufe IV (IBN Stufe IV - gewerkeinterne IBN) für H0719A (G017.1), Abschluss der Leistungen der Positionen 01.03.02.01.0760., 01.03.02.08.0380., 01.03.02.13.0540.

605 775 Arbeitstage nach Zugang des Zuschlagsschreibens

VF 2: Abschluss Inbetriebnahmestufe IV (IBN Stufe IV - gewerkeinterne IBN) folgender Gebäude gemäß den Positionen für: (K0923A (T110) - 01.01.02.01.0760., 01.01.02.08.0380., 01.01.02.13.0540. H0705A (G004) - 01.02.02.01.0760., 01.02.02.08.0380., 01.02.02.13.0540., K0619A (T112) - 01.05.02.01.0760., 01.05.02.08.0380., 01.05.02.13.0540., K0617A (T104) - 01.04.02.01.0760., 01.04.02.08.0380., 01.04.02.13.0540.	550 800 Arbeitstage nach Zugang des Zuschlagsschreibens
--	--

☐ ohne Bauzeitenplan werden ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart:

2. Vertragsstrafen

- 2.1. Gerät der Auftragnehmer mit dem Termin zum Beginn der Ausführung in Verzug, so schuldet er eine Vertragsstrafe von 0,1 % der vom Auftraggeber beauftragten Nettoangebotssumme je Werktag des Verzuges, maximal jedoch 5 % der vom Auftraggeber beauftragten Nettoangebotssumme.
- 2.2. Gerät der Auftragnehmer mit der vereinbarten Endfertigstellung in Verzug, so hat er an den Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % der vom Auftraggeber anerkannten Netto-Schlussrechnungssumme je Werktag des Verzuges, höchstens jedoch 5 % der vom Auftraggeber anerkannten Netto-Schlussrechnungssumme zu zahlen.
- 2.3. Gerät der Auftragnehmer mit einer vereinbarten Zwischenfrist in Verzug, so schuldet er je Werktag des Verzuges eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % der vom Auftraggeber anerkannten Netto-Schlussrechnungssumme für die bis zu dieser Zwischenfrist fertig zu stellenden Leistungen, maximal jedoch 5 % der vom Auftraggeber anerkannten Netto-Schlussrechnungssumme für die bis zu dieser Zwischenfrist fertig zu stellenden Leistungen.
Eine Kumulierung der Vertragsstrafen ist ausgeschlossen, d. h. auf vorangehende Zwischenfristen verwirkte Vertragsstrafen werden bei Verzügen bezüglich der nachfolgenden Zwischenfristen und der Endfrist berücksichtigt.
- 2.4. Die Vertragsstrafe beträgt bei Verzug mit einer, allen oder mehreren vertragsstrafenbewehrten Vertragsfristen insgesamt höchstens 5 % der vom Auftraggeber anerkannten Netto-Schlussrechnungssumme. Gleiches gilt insgesamt für die Summe aller nach den Regelungen dieses Vertrages verwirkten Vertragsstrafen.
- 2.5. Voraussetzung für die Geltendmachung des Anspruchs auf Zahlung der Vertragsstrafe ist nicht, dass der Auftraggeber sich dies bei der Abnahme vorbehält. Eine verwirkte Vertragsstrafe kann bis zur Schlusszahlung geltend gemacht werden.

2.6. Diese Vertragsstrafenregelung gilt ebenso im Falle der Vereinbarung neuer, von der ursprünglichen Vereinbarung abweichender Vertragstermine. Einer neuerlichen Vereinbarung der Vertragsstrafe bedarf es in diesem Falle nicht.

3. Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gemäß § 16 Absatz 3 Nummer 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gemäß § 16 Absatz 5 Nummer 3 VOB/B verlängert auf 60 Tage.

4 - 9 - frei -

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Die Bedingungen sind zu nummerieren; als Abschluss ist zu schreiben: „Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen“.

10.0100 Vertragsbestandteile

10.0105 Rangfolge

Vertragsbestandteile sind die nachfolgend aufgeführten Bestimmungen, bei Widersprüchen gilt die nachgenannte Reihen- und Rangfolge:

1. Das Verhandlungsprotokoll / die Verhandlungsprotokolle.
2. Die Besonderen Vertragsbedingungen und die Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen, [B110/VHB214].
3. Die Baubeschreibung [B510] und das Leistungsverzeichnis [B521.1 und B521.2] konkretisiert durch die Beantwortung etwaiger Bieterfragen.
4. Die den Ausschreibungsunterlagen beigefügten Anlagen Teil B gemäß Anlagenverzeichnis [B200] soweit nicht vorstehend und nachfolgend explizit aufgeführt, für Vergabe/Ausschreibung von Bauleistungen VE_400-022 Elektrotechnik Nord I.
5. Alle technischen Vorschriften und Normen, in der bis zur Abnahme jeweils aktuellen Fassung, wie z. B. DIN-Normen, EN-Normen, Iso-Normen, VDI/VDE Richtlinien einschließlich veröffentlichter Entwürfe, soweit sie den anerkannten Regeln der Technik entsprechen, die Herstellerrichtlinien und -vorschriften sowie die sonstigen allgemein anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt der Abnahme. Soweit bei Angebotsabgabe Änderungen der technischen Vorschriften z. B. Gelbdrucke bereits abzusehen sind, hat der Auftragnehmer diese im Rahmen der Angebotskalkulation zu berücksichtigen.
6. Die einschlägigen Bestimmungen zum Arbeitsschutz, wie z. B. die Baustellenordnung und die Regelungen zum Arbeitsschutz auf Baustellen, das Arbeitsschutzgesetz, die Arbeitsstättenverordnung und die Arbeitsstättenrichtlinien, die Unfallverhütungsvorschriften und die Bestimmungen der Berufsgenossenschaften.
7. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) in der zum Zeitpunkt der Auftragserteilung geltenden Fassung.
8. Die Allgemeinen technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C).
9. Das finale Angebot des Auftragnehmers nebst den ausgefüllten Angebotsformularen, soweit dieses vorstehend aufgeführten Vertragsbestandteilen nicht widerspricht.
10. Die Bestimmungen des BGB.

Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand sind ausgeschlossen.

10.0110 Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von Bauleistungen

Die Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen bei der Ausführung von Bauleistungen wird Vertragsbestandteil.

10.0200 Übergabe von Unterlagen

10.0205 Dateiformat

Die Übergabe von Unterlagen ist in den Datenformaten gemäß GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie [B260, B260.2] sicherzustellen.

10.0210 Übergabe von Unterlagen durch den Auftraggeber

Die vom Auftraggeber zur Verfügung zu stellenden Unterlagen werden 1-fach in Papier, sowie 1-fach digital als *pdf-Datei und Planunterlagen zusätzlich als *dwg-Datei per PKM übergeben.

Es gelten die Regelungen gemäß Ziff.10.0485 (Bedenken).

10.0300 Entfällt

10.0400 Leistungspflichten des AN

10.0405 Herstellen von Plänen, Zeichnungen und Unterlagen durch Auftragnehmer

1. Soweit der Auftragnehmer gemäß Leistungsverzeichnis oder als Nebenleistung Planungsleistungen zu erbringen hat, gilt Folgendes:

Der Auftragnehmer hat sämtliche ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen unverzüglich nach Erhalt auf Plausibilität zu sichten und ihn schriftlich zu unterrichten, wenn er dabei feststellt, dass sie nach seinen Fachkenntnissen unvollständig oder unzutreffend sind oder ihre Beachtung als Grundlage der Planung und Ausführung mit einer wirtschaftlichen Lösung nicht vereinbar ist.

Der Auftragnehmer schuldet in seiner Planung und technischen Bearbeitung eine wirtschaftliche Lösung. Die Planungsergebnisse können durch den Bauherrn auf Wirtschaftlichkeit untersucht werden. Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsprüfung durch den Auftraggeber sind vom Auftragnehmer zu beachten.

2. Der Auftragnehmer hat zu prüfende Unterlagen so rechtzeitig und in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen, dass eine ordnungsgemäße Prüfung möglich ist, welche die Ausführungstermine gewährleisten. Für den Auftraggeber und die Fachplaner hat er jeweils einfach in Papier und im PKM diese Unterlagen zur Prüfung einzureichen.
3. Der Auftragnehmer übernimmt die vollständige Verantwortung für die Richtigkeit, Mängelfreiheit und schuldet die Genehmigungsfähigkeit sämtlicher von ihm zu erstellender Unterlagen wie ein Fachingenieur. Unter Genehmigungsfähigkeit ist die Genehmigung der vom Auftragnehmer erstellten Unterlagen durch die Genehmigungsbehörde zu verstehen. Sollten sich die Unterlagen des Auftragnehmers als nicht genehmigungsfähig erweisen, so beseitigt der Auftragnehmer die Mängel in der Planung auf eigene Kosten, bis die Genehmigungsfähigkeit seiner Planung gegeben ist. Einen etwaigen Zeitverlust hat der Auftragnehmer auf

eigene Kosten durch Verstärkung seines Arbeitseinsatzes aufzuholen. Ein dem Auftraggeber eventuell entstehender Schaden, gleich aus welchem Rechtsgrund, hat der Auftragnehmer zu ersetzen.

4. Durch den Auftraggeber oder seinen Erfüllungsgehilfen kann eine Plausibilitätsprüfung auf Übereinstimmung mit den vertraglich vereinbarten Projektzielen der vom Auftragnehmer eingereichten Unterlagen erfolgen. Falls der Auftraggeber eine Prüfung durchführt, nimmt der Auftraggeber die vorgelegten Planunterlagen grundsätzlich nur zur Kenntnis, behält sich Anmerkungen und Anordnungen vor, führt jedoch nicht zwingend eine vollständige Prüfung auf Richtigkeit und Funktionalität durch. Die Prüffristen werden zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber im Zuge der Detailterminplanung gemäß **Ziff. 10.1110** unter Beibehaltung der Vertragsfristen vereinbart, sie beträgt jedoch mindestens 18 Werktage. Erfolgt nach Ablauf der Prüffrist keine Erklärung, gelten die Pläne als freigegeben im nachstehenden Sinne.

Nach Prüfung erhält der Auftragnehmer einen Prüfbericht, aus dem hervorgeht, ob:

- 4.1. keine Überarbeitung zu erfolgen hat (freigegeben ohne Anmerkungen).
- 4.2. eine Überarbeitung zu erfolgen hat (freigegeben mit geringfügigen Mängeln, die vom Auftragnehmer zu korrigieren sind ohne einen erneuten Prüflauf).
- 4.3. eine neue Vorlage der zu überarbeitenden Unterlagen zu erfolgen hat (nicht freigegeben).

Sind Unterlagen des Auftragnehmers unvollständig oder mangelhaft, so hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Fristverlängerung. Ab dem dritten Prüflauf, den der Auftragnehmer schuldhaft verursacht hat, werden die wiederholten Kosten aus der qualitätssichernden Prüfung dem Auftragnehmer geltend gemacht. Unterlagen mit Freigabe sind zweifach in Papier an die Fachplaner und den Auftraggeber auszuliefern und in das PKM einzustellen.

5. Freigegebene Pläne und Unterlagen entbinden den Auftragnehmer nicht von der Haftung und Verantwortung. Mit der Freigabe übernimmt der Auftraggeber keinerlei Verantwortung und Haftung für die vom Auftragnehmer gefertigten Pläne und Unterlagen. Die Freigabe lässt die Verantwortung des Auftragnehmers für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Unterlagen unberührt; mit der Planfreigabe ist weder die Übernahme von Verantwortung/Haftung des Auftraggebers noch Anerkenntnis von Nachträgen oder die Anordnung von nachtragsfähigen Zusatzleistungen verbunden.
6. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm angefertigten Unterlagen, Pläne, Zeichnungen, Datenträger und sonstige projektrelevante Informationen auf Verlangen des Auftraggebers nach Beendigung seiner Bautätigkeit, gleich aus welchem Grund, im Original herauszugeben.

Diese werden bereits mit Erstellung Eigentum des Auftraggebers, auch soweit sich diese noch im Besitz des Auftragnehmers und/oder von Dritten befinden. Insoweit vereinbaren die Parteien, dass der Auftragnehmer bis zur Übergabe noch Besitzer der Planunterlagen bleibt, der Auftraggeber jedoch bereits Eigentümer und mittelbarer Besitzer wird (Besitzkonstitut). Die Regelung gilt auch dann, wenn das Vertragsverhältnis gleich aus welchen Gründen vorzeitig beendet wird.

7. Der Auftragnehmer hat als Ergebnis des unter **Ziff. 10.1110** genannten Detailterminplans eine Planerwartungsliste aller Planunterlagen vorzulegen. Zur Unterstützung des Planmanagements und der Terminierung des Freigabeprozesses erstellen die Auftragnehmer Planlieferlisten. Die Terminierung der Prüfplanlieferung erfolgt durch die Auftragnehmer in Absprache mit dem Auftraggeber oder seinen Erfüllungsgehilfen in Abhängigkeit zum Detailterminplan.

10.0410 Pläne, ergänzende Unterlagen

Wurden den Vergabeunterlagen in einem Anlagenverzeichnis Dokumente digital zu der Ausschreibung auf der Vergabeplattform des Landes Hessen hinterlegt **beigefügt**, erklärt der Bieter durch seine Unterschrift unter das

Angebot ausdrücklich, dass er die im Anlagenverzeichnis enthaltenen Anlagen erhalten, ausgewertet, auf Widersprüche, Lücken und Mängel geprüft und die widerspruchsfreien und vollständigen Unterlagen seinem Angebot zugrunde gelegt hat. Sofern im Nachhinein Widersprüche, Lücken und Mängel festgestellt werden, stehen dem Auftragnehmer keine Ansprüche auf Kostenerstattung gleich aus welchem Rechtsgrund und/oder Verlängerung der Fertigstellungsfrist zu, wenn er die Widersprüche, Lücken und/oder Mängel erkennen konnte oder diese für ihn erkennbar waren.

10.0415 Genehmigungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle für die Durchführung des Bauvorhabens noch notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (mit Ausnahme der Baugenehmigung) und die Zustimmung für gegebenenfalls notwendige private Nutzungsflächen selbst und eigenverantwortlich sowie rechtzeitig einzuholen. Sofern dem Auftragnehmer dies aus Rechtsgründen nicht selbst möglich ist, ist die Einholung durch den Auftraggeber vorzubereiten.

10.0420 Freistellungsbescheinigung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48 b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

10.0425 GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie

1. Die GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie [B260, B260.2] ist bei allen Planungen und Ausführungen des Auftragnehmers zu beachten. Werden während der Vertragslaufzeit Fortschreibungen der „GSI/FAIR-CC – CAFM – Richtlinie“ erforderlich, sind diese, soweit sie billigem Ermessen entsprechen, ebenso einzuhalten.
2. Für die Projektabwicklung wird seitens des Auftraggebers eine Planungsdatenbank zur Verfügung gestellt. Die Dateneingabe erfolgt sukzessive im Zuge des Projektfortschrittes. Hier erhält der Auftragnehmer einen Zugriff über einen Citrix Zugang. In die Planungsdatenbank / -unterlagen sind die Projektinformationen zu den wartungs- und instandhaltungsrelevanten Bauteilen (u.a. zu den Gebäuden, Ebenen, Räume, Wartungsrelevanten Anlagen mit seinen Bauteilen, etc.) für die bauliche Umsetzung, Inbetriebnahme bis zum Facility Management sukzessive vom Auftragnehmer im Zuge des Projektfortschrittes einzupflegen. Dies betrifft insbesondere alle Aggregate, Apparate, Betriebsmittel sowie erdverlegte Abwasserleitungen, Abklingkanäle, Elektroerleerrohre und Schächte. Die vorgenannten Bauteile haben auch alle eine AKS Kennzeichnung. Isolierungen und alle anderen Rohrleitungen / Kanäle werden hiervon ausgenommen, so lange sie keine Prüfpflicht aufgrund von gesetzlichen Anforderungen haben oder bekommen. Die erforderlichen Angaben zu den wartungs- und instandhaltungsrelevanten Bauteilen sind im Kapitel 9 der „GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie“ beschrieben.
3. Der Auftragnehmer findet in der Planungsdatenbank / ~~-unterlagen~~ **den Planungsunterlagen** die bereits in der Planung angelegte Liegenschaft FAIR mit deren Gebäuden, Ebenen, Räumen und Türen im Abgleich mit den CAD Daten vor. Des Weiteren sind in der Planungsdatenbank / ~~-unterlagen~~ **den Planungsunterlagen** alle bisher geplanten technischen Anlagen und Bauteile ebenfalls als Datensatz angelegt und mit einer Anlagenkennzeichnung versehen. Der Auftragnehmer hat mit dem Projektfortschritt alle wichtigen Daten in die Planungsdatenbank / -unterlagen einzupflegen (u.a. Wartung- und Instandhaltungsanweisungen, Datenblätter inklusive wichtiger Attribute, Bilddokumentationen sowie erforderliche Dokumente wie Prüfprotokolle, etc.) und sie den jeweiligen Objekten zuzuordnen.
4. Geänderte oder zusätzliche Anlagen sind vom Auftragnehmer entsprechend den Vorgaben der GSI/FAIR-CC-CAFM-Richtlinie in der Planungsdatenbank / ~~-unterlagen~~ **den Planungsunterlagen** anzulegen oder anzupassen.

5. Zur Anwendung der geforderten Programme/ Systeme muss der Auftragnehmer fachlich geschultes Personal einsetzen. Für die projektspezifische Anwendung der Planungsdatenbank wird seitens des Auftraggebers eine Informationsveranstaltung durchgeführt. Hierzu sind vom Auftragnehmer die bei ihm für die Arbeit mit der Planungsdatenbank hauptverantwortlichen Mitarbeiter (max. 2 Personen) als Ansprechpartner für fachliche Abstimmungen innerhalb von einer Woche nach Vertragsschluss zu benennen und zur Informationsveranstaltung zu entsenden.

10.0430 PKM – Projekt-Kommunikations-Management-System

1. Die gesamte Projektkommunikation zwischen den Projektbeteiligten wird in einem internetgestützten Managementsystem (PKM – Projekt-Kommunikations-Management-System) abgebildet. Für die Nutzung des PKM ist ein Internetzugang erforderlich. Der Datenserver ist für den projektrelevanten Informationsaustausch über die gesamte Ausführungsdauer zu verwenden. Nutzungskosten werden durch den Auftraggeber nicht erhoben.
2. Planunterlagen des Auftraggebers für die Ausführung werden über das PKM elektronisch bereitgestellt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für seine Leistung notwendigen Informationen über das PKM abzurufen und eigene Ergebnisse (in Bezug auf Planungsleistungen auch Zwischenergebnisse) über den digitalen Projektraum zur Verfügung zu stellen. Die Unterlagen sind in den Dateiformaten, jeweils in der durch die GSI/FAIR-CC - CAFM-Richtlinie vorgegebenen Programmversion, ins PKM einzustellen. Weiterhin sind sämtliche Schriftwechsel / Nachrichten über das PKM abzuwickeln.

10.0435 Kommunikationshandbuch

Die im Kommunikationshandbuch (gemäß Anlage [B220]) festgelegten Regeln zur Kommunikation gelten für diesen Vertrag uneingeschränkt. Das Kommunikationshandbuch wird regelmäßig bei Bedarf fortgeschrieben.

10.0440 Koordinierungsverpflichtung

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Bauablauf auf die Bedürfnisse des Gesamtbaublaufes abzustimmen, dass eine ordnungsgemäße Ausführung der eigenen Leistung sowie der jeweils anderen Auftragnehmer gewährleistet wird.

Sollte es dennoch zu Verzögerungen kommen, so hat der Auftragnehmer geeignete Kompensationsmaßnahmen zu erarbeiten und dem Auftraggeber zur Zustimmung vorzulegen.

2. Im Zuge der Baumaßnahme werden weitere Baumaßnahmen, z. B. Baugrube Anlagenbereich Nord inklusive Wasserhaltung und Erweiterter Rohbau Anlagenbereich Nord und Süd durch FAIR, sowie Maßnahmen der GSI (z. B. Anbindung SiS 18) realisiert. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen mit den weiteren Maßnahmen zu koordinieren. Diese Koordination erfolgt seitens des Auftragnehmers über den Auftraggeber mit der Maßgabe, die Vertragstermine gemäß Ziffer 1 der BVB und des Detailterminplans einzuhalten.

10.0445 Baustellenausweise

Beschäftigte des Auftragnehmers erhalten nur Zutritt zur Baustelle, wenn sie im Besitz eines vom Auftraggeber ausgestellten Ausweises sind. Bezüglich der Baustellenausweise wird ergänzend auf das beigelegte Baustellenlogistikhandbuch [B250] verwiesen.

10.0450 Kantinen

Das Einrichten von Kantinen und/oder gewerbliche Essensausgabestellen, sowie die Nutzung der GSI Kantine durch den Auftragnehmer ist nicht gestattet.

10.0455 Einrichtung von Unterkünften

Unterkünfte, wie Schlafräume und Aufenthaltsräume für die Freizeit sind in der Liegenschaft, in der sich die Baustelle befindet, nicht gestattet.

10.0460 Baustellenbesprechungen

Der Auftragnehmer hat zu den Baustellenbesprechungen, die der Auftraggeber bzw. dessen Vertreter regelmäßig durchführt, einen der deutschen Sprache in Wort und Schrift fähigen und geeigneten bevollmächtigten Vertreter zu entsenden.

Mit den Einheitspreisen sind die Kosten der deutschsprechenden Vertretung sowie der Teilnahme an den Baustellenbesprechungen abgegolten. Das Ergebnis dieser Besprechungen wird in Protokollen durch den Auftraggeber festgehalten. Einsprüche gegen das Protokoll sind spätestens 3 Tage nach Erhalt des Protokolls schriftlich geltend zu machen. Sind innerhalb der oben genannten Frist keine Einsprüche erhoben, gilt der Protokollinhalt als einvernehmlich verabschiedet.

Die Besprechungen finden mindestens wöchentlich statt. Bei Bedarf kann der Auftraggeber eine andere Periode verlangen.

Es wird ergänzend auf das beigelegte **Baustellenhandbuch** [B225] sowie auf die Leistungsbeschreibung zum Lean Construction in der Leistungsbeschreibung [B521.1 und B521.2] verwiesen.

10.0465 Bautagesberichte

1. Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte (s. auch Baustellenhandbuch, [B225]) zu führen und diese dem Auftraggeber bzw. seinem Erfüllungsgehilfen wöchentlich und auf Verlangen täglich im Original zu übergeben.
2. Ist der Auftragnehmer in mehreren Abschnitten tätig, so sind die Bautagesberichte je Abschnitt separat zu erstellen. Ist der Auftragnehmer in einem genau zu definierenden Bereich tätig, so ist dieser zu benennen.
3. Das Format der Bautagesberichte ist mit dem Auftraggeber vor Baubeginn abzustimmen. Grundsätzlich sind die Berichte
 - in deutscher Sprache zu verfassen,
 - mit einer laufenden Nummer und Datum sowie Wochentag zu versehen,
 - von der für den Abschnitt bzw. den Bereich zuständigen Objektüberwachung sowie dem Projektleiter oder Gesamtbauleiter des Auftragnehmers mit Datum zu unterzeichnen.

Die Bautagesberichte sind auf Grundlage der Aktivitäten im Berichtszeitraum zu erstellen und müssen alle Angaben enthalten, auch unter Berücksichtigung der Leistungen anderer Unternehmer, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages des Auftragnehmers von Bedeutung sind. Inhaltlich sind dies insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- Angaben zu Witterungsverhältnissen (Temperaturen, Niederschlagsmengen, Luftfeuchtigkeit)
- Angaben zu Arbeitszeiten (Beginn, Ende, Pausenzeiten, Schichten etc.)
- Angaben zu eingesetzten Nachunternehmern,

- Angaben zu auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräften (Anzahl und Qualifikation) getrennt in Obermonteur, Monteur, Helfer und Nachunternehmer je Gewerk / Einsatzort
- Angaben zu den eingesetzten Großgeräten (Anzahl und Art) sowie deren Zu- und Abgang,
- Angaben zur Baustelleneinrichtung,
- Angaben zur Anlieferung von Hauptbaustoffen,
- Angaben zu ausgeführten Leistungen und eingebautem Material (Art, Umfang und Ort bzw. Bauteile und Zuordnung zu Bauabschnitten)
 - mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt und
 - mit Zuordnung zu den wesentlichen Ordnungszahlen des Leistungsverzeichnisses und Zuordnung zu den Vorgängen des Bauvertragsterminplans,
- Angaben zur Ausführung von Nachtragsleistungen unter Angabe der Nachtragsnummer,
- Angaben zu Arbeitseinstellungen mit Angabe der Gründe,
- Angaben zu Unfällen und sonstigen wichtigen Vorkommnissen bei der Ausführung,
- Angaben zu Zustandsfeststellungen, Proben, Messungen und Versuchen,
- Angaben zu Anweisungen und vertraglichen Anordnungen des Auftraggebers,
- Angaben zu Zustandsfeststellungen und Abnahmen.

Die Bautagesberichte ersetzen nicht die förmlichen Anzeigeverpflichtungen des Auftragnehmers.

10.0470 Anzeigepflichten

1. Unfälle sind gemäß Baustellenordnung [B230] dem Auftraggeber und der Bauüberwachung sofort schriftlich durch Übersendung eines Abdrucks der vorgeschriebenen Unfallanzeige für die Bauberufsgenossenschaft zur Kenntnis zu geben.
2. Der Auftragnehmer wirkt an der Wahrnehmung aller gemäß öffentlich-rechtlichen Vorschriften den Auftraggeber treffenden Anzeigepflichten (insbesondere gemäß Landesbauordnung) durch diesen mit, er wird alle von den Behörden für seine Leistungen geforderten Nachweise führen.

10.0475 Sicherheit und Gesundheitsschutz auf der Baustelle

1. Die Baustelle unterliegt den Bestimmungen der Baustellenverordnung und der beigelegten Baustellenordnung [B230]. Der Auftragnehmer und seine Beschäftigten haben den Anweisungen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator bezüglich des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes zu folgen und insbesondere an Unterweisungen durch den Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator teilzunehmen.
Die Regelungen der beigelegten Baustellenordnung sind einzuhalten. Die entsprechenden Leistungen und Aufwendungen hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen.
2. Der Auftragnehmer hat im Rahmen seines Leistungsumfanges alle zur Sicherung der Baustelle nach den gesetzlichen, polizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen des Auftraggebers erwachsenen Schäden. § 10 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 der VOB/B bleibt unberührt.
3. Die Sicherungseinrichtungen, die auch dem Schutz anderer auf der Baustelle verkehrenden Personen zu dienen haben, darf der Auftragnehmer während und nach Beendigung der eigenen Arbeiten nur mit ausdrücklicher Zustimmung der verantwortlichen Bauleitung entfernen.
4. Schutzvorrichtungen anderer Auftragnehmer darf der Auftragnehmer, wenn sie die eigenen Arbeiten behindern, keinesfalls - auch nicht vorübergehend - ohne Zustimmung der für die Errichtung verantwortlichen Bauleitung eigenmächtig entfernen. Bei Zuwiderhandlungen ist der Auftraggeber berechtigt, auf Kosten des Auftragnehmers die Schutzvorrichtungen wieder herrichten zu lassen.
5. Vor dem täglichen Verlassen der Baustelle hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass innerhalb der Baustelle und der Baulichkeit alle Gefahrenpunkte und die Verkehrs- und Zugangswege an seinem Gewerk dauerhaft abgesichert sind. Der Auftragnehmer haftet auch für Unfälle außerhalb der normalen Arbeitszeit,

wenn er die Unterlassung von Sicherungsmaßnahmen oder fehlende Sicherungseinrichtungen zu vertreten hat.

6. Überlässt der Auftragnehmer die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen seinen Erfüllungsgehilfen, so ist er oder sein verantwortlicher Stellvertreter verpflichtet, sich durch ausreichende Kontrollen von den ordnungsgemäßen und den einschlägigen Vorschriften entsprechenden Ausführung selbst zu überzeugen.
7. Trifft der Auftragnehmer ungesicherte oder unzureichend gesicherte Gefahrenstellen, deren Sicherung einem anderen Auftragnehmer obliegt, in seinem Arbeitsbereich an, so hat er unverzüglich die Bauleitung zu benachrichtigen und notfalls seine Arbeiten im Bereich der Gefahrenstelle einzustellen.

10.0480 Ausführungsregelungen, baufeldbezogene Leistungspflichten

1. Reinigung während der Bauzeit

Die Arbeitsstellen des Auftragnehmers auf der Baustelle sind nach täglichem Arbeitsende in aufgeräumten Zustand zu verlassen. Insgesamt sind Bau und Örtlichkeiten stets in sauberem Zustand zu halten.

Der Auftragnehmer hat während der Ausführung seiner Leistungen allen Schutt, Müll und sonstige Abfallstoffe arbeitstäglich zu beseitigen und fachgerecht auf eigene Kosten zu entsorgen. Auf eine besonders „müll- und abfallfreie“ Baustelle wird auch aus Sicherheitsgründen besonderer Wert gelegt. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung innerhalb einer Nachfrist von einem Tag nicht nach, so darf der Auftraggeber ohne weitere Aufforderung und ohne Auftragsentziehung im Wege der Selbstvornahme die notwendigen Maßnahmen vornehmen und dem Auftragnehmer die anfallenden Kosten berechnen.

2. Für die vom Auftragnehmer während seiner Leistungserbringung vom Arbeitsort oder Grundstück ausgehenden Emissionen hat der Auftragnehmer alle anwendbaren gesetzlichen Vorschriften und die einschlägige Rechtsprechung zu beachten. Der Auftragnehmer ist dabei insbesondere verpflichtet, die einschlägig erlassenen Emissionswerte (gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz, Gewerbeordnung, TA Lärm, TA Luft Immissionswerte Baulärm usw.) einzuhalten. Er hat ausschließlich Geräte und Arbeitsverfahren einzusetzen, die den jeweiligen Richtlinien entsprechen. Die Nachtzeiten nach TA Lärm sind einzuhalten. Ansprüche, die aus der Nichteinhaltung zulässiger Immissionswerte von Seiten der Nachbarn oder von Behörden gegenüber dem Auftraggeber erhoben werden, werden an den Auftragnehmer weitergegeben. Dieser hat den Auftraggeber von allen von Dritten gegen ihn erhobenen Schadensersatz- und sonstigen Ansprüchen freizustellen. Etwaige Auflagen der Baugenehmigung und weiteren Projektbezogenen Genehmigungen sind einzuhalten und bei der Planung und Ausführung durch den Auftragnehmer zu berücksichtigen.
3. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Werk- und Lagerplätze auf der Baustelle, sowie die vom Auftragnehmer hergestellten Wege, Gerüste und dgl. für seine Zwecke unentgeltlich mitzubnutzen.
4. Ein Betreten des dem Auftragnehmer überlassenen Baufeldes und der Baustelle ist dem Auftraggeber sowie dessen Bevollmächtigten zu jeder Zeit gestattet.
5. Werbung auf der Baustelle ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
6. Über die Art und das Anbringen von Bauschildern ist Einvernehmen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer herzustellen. Der Auftraggeber behält sich vor, an geeigneter Stelle eine Tafel mit einem Verzeichnis aller beteiligten Auftragnehmer aufstellen zu lassen. Umfang und Kosten hierfür sind, soweit nicht in der Leistungsbeschreibung bereits vorgesehen, gesondert zu vereinbaren.
7. Straßen, Wege, Lager- und Arbeitsplätze innerhalb des Baugeländes werden dem Auftragnehmer – im Rahmen des Baustellenlogistikhandbuchs [B250 und B251] – im bestehenden Zustand zur Verfügung gestellt. Sie können vom Auftragnehmer nur auf eigene Gefahr benutzt werden. Treten bei der Benutzung bauseitig zur Verfügung gestellter Anlagen und Grundstücke an diesen durch Verschulden des Auftragnehmers Schäden oder eine Verschlechterung auf, so gehen sie zu dessen Lasten.
8. Der Auftragnehmer darf nur die ihm zugewiesenen Lager- und Arbeitsplätze in Räumen oder auf Freiflächen benutzen. Sie sind freizumachen und in dem früheren Zustand zurückzugeben, sobald diese für den Baufortschritt benötigt werden, es sei denn, der frühere Zustand ist durch die Einwirkungen Dritter nicht mehr herzustellen. Kosten für die Freimachung werden nicht gesondert erstattet. Befolgt der Auftragnehmer die

Aufforderung zur Freimachung trotz angemessener Fristsetzung nicht, so kann der Auftraggeber ohne Auftragsentziehung die Räumung und Verbringung in den früheren Zustand auf Kosten des Auftragnehmers vornehmen lassen.

9. Der Auftragnehmer ist in seinem Aufgabenbereich zuständig für die Einhaltung der Umweltvorschriften, welche sich aus den einschlägigen Gesetzen, Verordnungen, Satzungen sowie Bau- und Betriebsgenehmigungen ergeben. Dies betrifft auch die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen und Abwässern, die Anwendung, Lagerung und den Transport von gefährlichen Stoffen.
10. Der Auftragnehmer ist für die sichere Verwahrung und Unterbringung seiner Materialien und Geräte selbst verantwortlich. Der Auftraggeber übernimmt diesbezüglich keine Haftung.

10.0485 Bedenken

In Abänderung des § 4 Abs. 3 VOB/B gilt: Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen die vorgesehene Art der Ausführung (auch wegen der Sicherung gegen Unfallgefahren), gegen die Güte der vom Auftraggeber gelieferten Stoffe oder Bauteile oder gegen die Leistungen anderer Unternehmer, so hat er sie dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich unter gleichzeitiger Unterbreitung von wirtschaftlich gleichwertigen und möglichst nicht kostenerhöhenden bzw. nicht terminverlängernden Alternativen mitzuteilen. Der Auftraggeber bleibt jedoch für seine Angaben, Anordnungen oder Lieferungen verantwortlich. Für die Unverzüglichkeit der Anzeige ist insbesondere die Eilbedürftigkeit der Unterrichtung des Auftraggebers maßgebend.

10.0490 Qualitätssicherung

1. Besteht zum Zeitpunkt der Auftragserteilung beim Auftragnehmer kein zertifiziertes QM-System, sind auftragsbezogen produkt-/leistungsspezifische Festlegungen der geeigneten Ersatzmaßnahmen in Abstimmung mit dem Auftraggeber zu treffen.
2. Der Auftraggeber hat das Recht, sich jederzeit von der Einhaltung der Vorgabe des QM-System zu überzeugen. Der Auftraggeber bzw. seine Beauftragten und Sachverständigen haben das Recht, sich jederzeit über den Stand der Arbeiten zu informieren. Zu diesem Zweck hat der Auftraggeber bzw. seine Beauftragten – mit Ausnahme von Systemkonkurrenten des Auftragnehmers – Zugang zu allen Plänen und Unterlagen, die zur Beurteilung erforderlich sind. Falls hierbei Prüfungen für erforderlich gehalten werden, stellt der Auftragnehmer seine Prüfeinrichtungen nach Absprache kostenlos zur Verfügung.
3. Vor Ausführung der Arbeiten ist vom Auftragnehmer ein Prüfplan für die Eigenüberwachungs- und Kontrollprüfungsleistungen des Auftragnehmers dem Auftraggeber zur Prüfung vorzulegen. Hier müssen alle für das spezifische Bauvorhaben notwendigen/vorgeschriebenen Prüfungen enthalten sein.

10.0495 Vermessung

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur geschultes Personal mit nachweisbarer Erfahrung unter Leitung und Verantwortung eines Vermessungsingenieurs einzusetzen. Bei Beanstandungen kann der Auftraggeber die Ablösung ihm ungeeignet erscheinender Vermessungskräfte fordern.
2. Vermarkungspunkte an Bauteilen und bereits vorhandene Vermessungspunkte dürfen weder verändert, beschädigt noch überbaut (verdeckt) werden. Falls Vermarkungs- bzw. Vermessungspunkte im Verlauf der Bauarbeiten entfernt werden müssen, ist hierfür die Zustimmung des Auftraggebers oder dessen Bevollmächtigte einzuholen.

10.0500 Urkalkulation

1. Die Kalkulationssystematik ist verständlich und übersichtlich zu strukturieren.
2. Aus der Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) müssen für alle Teilleistungen (LV-Positionen) insbesondere mindestens folgende Informationen hervorgehen:
 - Ermittlung der Einzelkosten der Teilleistungen (EKdT), getrennt nach Kostenarten (mind. getrennt nach: Lohn, Stoffe, Geräte, Sonstige Kosten und Fremdleistungen).
 - Bei Lohnkosten: die Aufwandswerte für die einzelnen Arbeitsschritte der Teilleistung.
 - Bei Gerätekosten: Art und Gerätenummer gemäß BGL, Leistungsansatz bzw. Vorhaltdauer/-kosten des Geräts.
 - Bei der Kalkulation der Baugeräte sind zwingend die Basisinformationen und Nutzungshinweise zur BAUGERÄTELISTE 2015 (BGL 2015) / EUROLISTE einzuhalten, sowie zutreffend nachvollziehbar in der Kalkulation auszuweisen. Die Basisinformationen und Nutzungshinweise zur Baugerätesliste 2015/ Euroliste sind unter <http://www.bgl-online.info/vorwort.html> beziehbar. Der pauschale Abschlag gegenüber der Baugerätesliste ist anzugeben. Im Falle, dass eingesetzte Geräte nicht in der BGL gelistet sind, sind diese in der Kalkulation separat auszuweisen.
 - Ermittlung des Kalkulationslohnes und des Stundenverrechnungssatzes; dabei insbesondere die Angabe, ob Aufsichts-/Polierkosten und Lohnerhöhungen im Lohn kalkuliert wurden.
 - Ermittlung der Gemeinkosten der Baustelle (bei Kalkulation über die Endsumme, bei projektbezogener Ermittlung), getrennt nach einmaligen (fixen), leistungs- und zeitvariablen Kosten (besonders Gehälter und Vorhaltekosten), sowie nach Kostenarten entsprechend den EKdT. Zeitvariable Kosten sind detailliert aufzuschlüsseln und mit Kostenverursacher zu bezeichnen; alle nicht dieser Bedingung entsprechend aufgeschlüsselten Kosten gelten als nicht zeitvariabel.
 - Ermittlung der umsatzbezogenen Gemeinkosten (AGK, z, w+g).
 - Bildung der Zuschlagsätze bei Kalkulation über die Endsumme bzw. Angabe der Zuschlagsätze bei Kalkulation mit vorgegebenen Zuschlägen.
 - Positionsweise Ermittlung der vertraglichen Einheitspreise und Gesamtpreise aus den EKdT und den Zuschlägen.
 - Die genaue Verrechnung und positionsweise Zuordnung von evtl. Nachlässen.
 - Die kalkulierten Preise der Urkalkulation müssen mit den vertraglichen Preisen übereinstimmen.
 - In Stundenlohnpositionen sind keine Baustellengemeinkosten einzukalkulieren.
 - Akquisitionsboni oder sonstige Nachlässe sind nicht auf den Vertragsumfang zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses begrenzt.
 - Die gleichen Anforderungen gelten auch für Leistungen anderer Unternehmer. Auch für diese sind Urkalkulationen gemäß den vorstehenden Bedingungen unaufgefordert vorzulegen.
3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, mit Abgabe des Angebots eine nachvollziehbare und ordnungsgemäße Urkalkulation für die vertragliche Leistung entsprechend den Anforderungen des Auftraggebers in einem verschlossenen Umschlag zu übergeben. Für den Fall von Änderungen im Zuge des Verhandlungsverfahrens ist die Urkalkulation von dem Bieter entsprechend anzupassen und dem Auftraggeber mit Abgabe des finalen Angebots zu übergeben. Soweit es dem Auftragnehmer in Bezug auf Nachunternehmerleistungen im Einzelfall nicht möglich ist, diese Anforderung zu erfüllen, hat der Auftragnehmer im Nachtragsfall und sofern keine einvernehmliche Preisvereinbarung erfolgt, nachträglich eine vertragsgemäße Kalkulation zur Ermittlung der Nachtragsvergütung zu erstellen
4. Zum Umgang mit der Urkalkulation vereinbaren Auftraggeber und Auftragnehmer folgendes:

Im Rahmen des Vergabeverfahrens darf der Umschlag mit der Urkalkulation vom Auftraggeber bzw. von ihm bevollmächtigten Dritten nur zum Zwecke der Prüfung der ordnungsgemäßen Aufstellung und/oder zum Zwecke der Preisprüfung der Urkalkulation nach Maßgabe der §§ 15, 16 a-d VOB/A-EU in Anwesenheit des Bieters geöffnet werden. Die Urkalkulation wird vom Auftraggeber vertraulich behandelt und danach wieder verschlossen zu den Vergabeakten genommen.

Nach Zuschlagserteilung ist der Auftraggeber bzw. von ihm bevollmächtigte Dritte berechtigt, den verschlossenen Umschlag mit der Urkalkulation zu öffnen, um im Falle erforderlicher Preisprüfungen insbesondere bei Nachtragsleistungen, Bauablaufstörungen, Massenmehrungen, Kündigung des Vertrages usw. Einsicht in die Urkalkulation zu nehmen und erforderliche Kopien zu fertigen. Der Auftragnehmer verzichtet auf seine Anwesenheit und stimmt diesem Vorgehen zu.

Der Auftraggeber verpflichtet sich im Gegenzug dazu,

- die in der Urkalkulation enthaltenen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und diese unberechtigten Dritten nicht zur Kenntnis zu geben,
- die geöffnete Urkalkulation gesichert und vertraulich aufzubewahren, so dass Einsichtnahmen unberechtigter Dritter sicher ausgeschlossen sind,
- die in der Urkalkulation enthaltenen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse lediglich zum Zwecke der oben angeführten Preisprüfung zu verwenden,
- soweit er Dritte mit der Preisprüfung bevollmächtigt, diesen mit schriftlicher Vereinbarung die gleichen Verpflichtungen zur Vertraulichkeit aufzuerlegen, die ihn nach dieser Vereinbarung treffen.

Die vorstehende Vertraulichkeitsverpflichtung besteht für den Auftraggeber bzw. von ihm bevollmächtigte Dritte bis 5 Jahre nach Beendigung der Laufzeit des Vertrages.

Die vorgenannte Vertraulichkeitsverpflichtung findet keine Anwendung, wenn der Auftraggeber bzw. vom ihm bevollmächtigte Dritte beweisen können, dass diese vertraulichen Informationen der Urkalkulation in rechtmäßiger Weise:

- ohne Vertraulichkeitsverpflichtung von einem Dritten offengelegt wurden, welcher sich im rechtmäßigen Besitz der Informationen befand und nicht zur Vertraulichkeit verpflichtet war.
- vom Auftraggeber bzw. von ihm bevollmächtigten Dritten in einem Gerichts- und/oder Verwaltungsverfahren oder einem vergleichbaren sonstigen Verfahren offengelegt werden müssen.

10.0600 Vergütung

10.0605 Kosten der Abnahme

Alle Kosten für Werksabnahmen bei Fertigung, Herstellung und Errichtung hat der Auftragnehmer zu übernehmen (auch im Ausland und bei einer Wiederholung der Prüfung).

10.0610 Lohngleitklausel

Die Vereinbarung einer Lohngleitklausel ist nicht vorgesehen.

10.0615 Entfällt

10.0620 Aufwand wegen besonderen logistischen Anforderungen

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass das Bauvorhaben besondere logistische Anforderungen hat. Infolge dessen ist mit Mehraufwand wegen der besonderen Zugangs- und Sicherheitslage, einer besonderen logistischen und organisatorischen Situation und mit entsprechenden Auswirkungen auf den Bauablauf zu rechnen. Auch die damit im Zusammenhang stehenden Leistungen und Mehraufwendungen sind vom Auftragnehmer zu den vereinbarten Vertragspreisen mit zu erbringen.

10.0700 Stundenlohn

10.0705 Anordnung von Stundenlohnarbeiten

Stundenlohnarbeiten sind nur nach gesonderter Anordnung durch den Auftraggeber zu erbringen. Der Umfang der im Einzelfall zu erbringenden Leistungen wird bei der Anordnung festgelegt.

Die Stundenlohnzettel sind

- ☒ werktäglich
☐ wöchentlich

einzureichen. Kleingeräte bis 5 kg werden nicht gesondert vergütet.

10.0710 Stundennachweise

Voraussetzungen für die Abrechnung von Stundenlohnarbeiten sind geprüfte Stundennachweise.

10.0800 Abrechnung

10.0805 Abrechnungsunterlagen

Die ausgeführte Werkleistung hat der Auftragnehmer als Bestandteil seiner Vertragsleistung prüfbar abzurechnen. Die Leistungserfassung erfolgt im Übrigen nach den Bestimmungen des Bauvertrages.

Alle Aufmaßunterlagen, Mengenzusammenstellungen und sonstige Abrechnungsunterlagen sind grundsätzlich durch den Auftragnehmer zu erstellen. Die Aufwendungen hierfür sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

10.0810 Abrechnung Technische Bearbeitung

Die Abrechnung der technischen Bearbeitung erfolgt anteilig nach Freigabe der Planung durch den Auftraggeber, bezogen auf die jeweiligen LV-Positionen.

10.0815 Abrechnung Bauleistungen

Die Leistungen werden nach Aufmaß abgerechnet. Die Anforderungen an das Aufmaß sind im Folgenden in Ziff. 10.0820 „Aufmaß“ definiert. Die geprüften Aufmäße sind mit einer Mengenzusammenstellung mit der Rechnung vorzulegen. Die Rechnungen beziehen sich auf die vertraglich vereinbarten Einheitspreise und die Mengen je Position, die aus der Mengenzusammenstellung hervorgehen.

Die Anforderungen an die Mengenzusammenstellung sind in Ziff. 10.0840 „Mengenzusammenstellung“ und an die Abrechnung in Ziff. 10.0845 „Rechnungslegung“ definiert.

Für alle anderen baulichen wartungs- und instandhaltungsrelevanten Bauteile, wie z.B. maschinelle elektrotechnische oder elektronische Anlagen, Kanal- und Rohrleitungssysteme, elektrische Leistungen etc. sind spätestens zur Abrechnung die entsprechenden Angaben in die Planungsdatenbank einzustellen. Für übergeordnete Bauteile wie außenliegende oder gebäudeübergreifende Installationen ohne AKS sind die Zuordnungen gebäudebezogen vorzunehmen.

10.0820 Aufmaß

1. Das Aufmaß setzt sich zusammen aus den Abrechnungsplänen und/oder den örtlichen Aufmaßen, auf deren Basis Aufmaßblätter erstellt werden.
2. Diese Aufmaßunterlagen verbleiben nach Prüfung im Original bei der Objektüberwachung und werden von dieser zusammen mit der geprüften Schlussrechnung dem Auftraggeber übergeben. Eine Kopie der Unterlagen wird vom Auftragnehmer via PKM an den Auftraggeber und die örtliche Bauüberwachung verteilt.
3. Die Aufmaßerstellung muss spätestens innerhalb von 30 Kalendertagen nach Leistungserbringung erfolgen.
4. Das Aufmaß hat sich in Bezug auf die jeweilige Leistung auf die Eingabe aller notwendigen Daten (wie z.B. Wartung- / Instandhaltungsanweisungen inkl. Intervallangaben, Datenblätter und Attribute, Dokumente zur Wartung- und Instandhaltung, Bilddokumentation, Prüfprotokolle, etc.) in die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Planungsdatenbank (siehe auch Ziff. 10.0425 „GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie) zu erstrecken. Soweit Aufmaße für Leistungen erstellt werden, die in der Planungsdatenbank zu dokumentieren sind, übergibt der Auftragnehmer mit dem Aufmaß eine Liste aller Anlagen gemäß Planungsdatenbank, die Gegenstand des Aufmaßes sind. Hierzu wählt der Auftragnehmer die betroffenen Bauteile mit der vorhandenen AKS Kennzeichnungen, aus der Planungsdatenbank aus. Die vom Auftragnehmer zugeordneten LV-Positionsnummern, Vergabe- und Aufmaßnummern, werden mit ausgegeben.

10.0825 Abrechnungspläne

Grundlage des Aufmaßes sind auf Basis der Ausführungsplanung zu erstellende Abrechnungspläne, die eventuelle Änderungen der Ausführung berücksichtigen. Eine Abrechnung von Leistungen, für die eine Ausführungsplanung vorliegt, nach anderen Aufmaßunterlagen als dem hier beschriebenen Planaufmaß, wird nicht zugelassen. Alle aus dem Abrechnungsplan entnommenen Maße sind farblich nachvollziehbar zu kennzeichnen. Die Pläne sind als Abrechnungsplan zu kennzeichnen und in einem zu jeder Rechnung fortzuschreibenden Planverzeichnis aufzunehmen.

10.0830 Örtliches Aufmaß

1. Für Leistungen, die im Einzelfall nach Abstimmung mit ~~den~~ dem Auftraggeber nicht nach Planaufmaß abgerechnet werden können, ist ein örtliches Aufmaß zu erstellen. Dieses ist unverzüglich und in der Frequenz der erbrachten Leistungen zu erstellen. Das Format für die örtlichen Aufmaßblätter wird mit DIN A4 festgelegt. Später eingereichte und nicht mehr prüfbare örtlichen Aufmaße werden nicht anerkannt.
2. Die örtlichen Aufmaßblätter müssen alle Angaben enthalten, die zu einer späteren Mengenberechnung bei einer örtlichen Feststellung notwendig sind. Folgende Angaben sind mindestens aufzuführen:
 - Auftraggeber,
 - Auftragnehmer,
 - Baumaßnahme / Vergabeeinheit,
 - Datum und fortlaufende Nummer des örtlichen Aufmaßblattes,
 - Beschreibung der Leistung,
 - Ort der aufgemessenen Leistung (z. B. Lageskizze), bezogen auf Absteckpunkte oder Bauwerksachsen,
 - Sämtliche erforderlichen Maße für eine spätere Mengenberechnung,
 - Unterschriften mit Datum der zuständigen Vertreter des Auftragnehmers und des Auftraggebers unter dem Hinweis „örtliche Aufmessung anerkannt Abrechnung nach Bauvertrag“.
3. Die örtlichen Aufmaße sind zu kennzeichnen und in einem zu jeder Rechnung fortzuschreibenden Verzeichnis aufzunehmen.

10.0835 Aufmaßblätter

1. Das Format für Aufmaßblätter wird mit DIN A4 festgelegt. Die Aufmaßblätter sind fortlaufend zu nummerieren und in einem zu jeder Rechnung fortzuschreibenden Verzeichnis aufzunehmen. Sollten die Erbringung zeitlich versetzt oder so umfangreich sein, dass sie auf einem Aufmaßblatt nicht dargestellt werden können, sind die Berechnungen auf mehreren Aufmaßblättern einzureichen, wobei über die Nummerierung ein klarer Bezug der Aufmaßblätter untereinander herzustellen ist.
2. Die Aufmaßblätter müssen alle Angaben enthalten, die für die genaue Mengenzusammenstellung der erbrachten Leistung nötig sind. Auf folgende Angaben sind mindestens aufzuführen:
 - Auftraggeber,
 - Auftragnehmer,
 - Baumaßnahme / Vergabeeinheit,
 - Datum und Nummer des Aufmaßblattes, ggf. Bezug zu weiteren Aufmaßblättern,
 - Beschreibung der Leistung und Angabe der Ordnungszahl aus dem Leistungsverzeichnis,
 - eindeutiger Bezug auf zu Grunde gelegte Feldaufmaße und / oder zu Grunde gelegte Abrechnungspläne oder auf zu Grunde gelegte Stundennachweise,
 - Sämtliche zur Mengenermittlung erforderlichen Maße und Rechnungsschritte,
 - Ergebnis der Berechnungen,
 - Unterschriften mit Datum der zuständigen Vertreter des Auftragnehmers und der ÖBÜ unter dem Hinweis: „Abrechnung nach Bauvertrag“.

10.0840 Mengenzusammenstellung

1. Die Mengenzusammenstellung basiert auf den geprüften Aufmaßblättern nach Ziff. 10.0825 ff.. Die Mengenzusammenstellung ist ~~Positionsweise~~ **positionsweise** nach der Gliederung des Leistungsverzeichnisses unter Angabe des Kurztextes und der Ordnungszahl aufzustellen.
2. Unter jeder Position des Leistungsverzeichnisses sind sämtliche zugehörigen Aufmaßblätter nebst Berechnungsergebnis aufzuführen. Es ist ein eindeutiger Bezug zum jeweiligen Aufmaßblatt herzustellen.
3. Es werden jeweils nur die geprüften Summen der im Aufmaßblatt berechneten Mengen aufgeführt. Eine Zusammenfassung mehrerer Aufmaßblätter ist nicht zulässig.
4. Die Mengenzusammenstellung ist kumuliert zu erstellen. Bei jeder Fortschreibung der Mengenzusammenstellung sind die Mengenzusammenstellungen der vorherigen Abrechnungszeiträume detailliert mit anzugeben und um die hinzukommenden Aufmaßblätter und Mengen zu ergänzen.
5. Bei jeder Fortschreibung der Mengenzusammenstellung ist der Zeitraum, auf den sich die Fortschreibung bezieht, anzugeben.
6. Etwaige Ansprüche beider Vertragsparteien aus § 2 Abs. 3 VOB/B sind vom Auftragnehmer in Form einer Gemeinkostenausgleichberechnung mit der Schlussrechnung zu ermitteln.

10.0845 Rechnungslegung

1. Die Rechnungsstellung mit allen erforderlichen Leistungsnachweisen erfolgt im Original mit folgender Rechnungsanschrift an:

Facility for Antiproton and Ion Research in Europe GmbH (FAIR GmbH)
Abteilung FAIR Site and Buildings (FSB)
Planckstraße 1
64291 Darmstadt

Die Originalrechnungen sind über Drees & Sommer mittels Begleitschreiben mit folgender Adresse:

Drees & Sommer GmbH
Projektbüro FAIR Drees & Sommer GmbH
Planckstraße 1
64291 Darmstadt

einzureichen.

Es ist darauf zu achten, dass auf der Rechnung selbst nur der Rechnungsadressat und nicht die Adresse von Drees & Sommer aufgeführt ist.

2. Der Rechnungseingang bei Drees & Sommer ist maßgebend für die Auslösung der Rechnungsfrist.
3. Auf der Rechnung oder Schlussrechnung sind in Übereinstimmung mit dem Bestellschein, Zuschlags- oder Auftragsschreiben anzugeben:
 - 3.1. Nummer und Datum des Auftrages bzw. des Vertrages
 - 3.2. SAP-Bestellnummer
 - 3.3. Bezeichnung des Bauvorhabens
 - 3.4. Titelbezeichnung und Art der Arbeiten
 - 3.5. Art der Rechnung (Abschlags-, Teilschluss-, Schlussrechnung)
 - 3.6. Bei allen Rechnungen sind die geleisteten Zahlungen im einzelnen aufzuführen und in Abzug zu bringen.

Alle Rechnungen sind fortlaufend zu nummerieren und kumuliert zu erstellen.

4. Die in Rechnung gestellten Leistungen müssen erbracht sein. Mit jeder Rechnung ist zwingend eine Mengenzusammenstellung gemäß Ziff. 10.0840 einzureichen. Für neu in Rechnung gestellte Leistungen sind die geprüften und unterschriebenen Aufmaße beizufügen.
5. Die Rechnung ist entsprechend der Gliederung des Leistungsverzeichnisses nach verschiedenen Titeln und Bauteilen und im Übrigen nach DIN 276 zusammenzustellen. Die Umsatzsteuer ist am Ende der Rechnung gesondert auszuweisen.
6. Nachtragsleistungen müssen in den gesonderten Nachtrags-Positionen je Nachtrag abgerechnet werden.
7. Abrechnungen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden zurückgewiesen.

10.0850 Abschlagsrechnungen

1. Abschlagsrechnungen müssen den oben genannten Voraussetzungen genügen. Abschlagsrechnungen sind monatlich einzureichen. Voraussetzung hierfür ist, dass eine entsprechende Erhöhung der Werkleistung vorliegt. Dem Grunde und der Höhe nach beauftragte und ausgeführte Nachtragsleistungen sind in den Abschlagsrechnungen gesondert zu berücksichtigen.
2. Prüffristen für Abschlagsrechnungen:

In Abänderung von § 16 Abs. 1, Nr. 3 VOB/B beträgt die Frist für die Fälligkeit von Abschlagszahlungen 24 Werktage.

10.0855 Schlussrechnungen und Teilschlussrechnungen

1. Teilschlussrechnungen und die Schlussrechnung müssen den oben genannten Voraussetzungen, ergänzt um die in diesem Absatz genannten Punkte, genügen.

2. Teilschlussrechnungen und die Schlussrechnung sind als „Teilschlussrechnung“ oder „Schlussrechnung“ zu betiteln.
3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in die Teilschlussrechnung bzw. Schlussrechnung alle Forderungen aufzunehmen, die aus der Ausführung des Auftrages entstanden sind. Eine entsprechende Erklärung ist der Teilschlussrechnung bzw. Schlussrechnung voranzustellen.

Voraussetzung für die Teilschluss-/Schlussrechnung sind darüber hinaus wie folgt:

- Die förmliche Teilabnahme (bei Teilschlussrechnung) bzw. die förmliche Abnahme (bei Schlussrechnung),
- die freigegebenen Dokumentationsunterlagen gemäß vertraglich geschuldetem Leistungsumfang gemäß Ziff. 10.1215 (Dokumentationsunterlagen),
- die Bescheinigung Dritter gemäß den Regelungen gem. Ziff. 10.1220 (Nutzung fremden Geländes).

10.0900 Nachtragsangebote

10.0905 Anforderungen an Nachtragsangebote

1. In Nachtragsfällen hat der Auftragnehmer vollständige Nachtragsunterlagen / Nachtragsangebote vorzulegen, die unter anderem mindestens die in dieser Ziff. 10.0905 enthaltenen folgenden Angaben und Bestandteile für jede Nachtragsleistung enthalten müssen (Prüfbarkeitsvoraussetzung).
2. Nachträge sind fortlaufend zu nummerieren.
3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet bei allen Nachtragsforderungen vor deren Ausführung gegenüber dem Auftraggeber Mehr- oder Minderkosten anzuzeigen.
4. Auf die Auftragssumme gewährte Nachlässe und Skonti werden auch bei der Vereinbarung eines neuen Preises für Nachtragsleistungen berücksichtigt.
5. In die Preise ist einzukalkulieren, was zur vollständigen und termingerechten Ausführung der angebotenen Leistungen und Lieferungen notwendig ist, sowie alle sonstigen Kosten, welche zur Erfüllung sämtlicher für die angebotenen Leistungen einschlägigen Vertragsbedingungen anfallen. Die Preise verstehen sich insbesondere einschließlich Lohn und Gehalt für den angebotenen Bauablauf, also inklusive ggf. notwendiger Zuschläge für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, Material, Transport, Nebenleistungen und erforderliche besondere Leistungen.
6. Änderungs- und Zusatzwünsche des Auftraggebers dürfen nur dann zu zeitlichen Verzögerungen führen, wenn der mit ihrer Erfüllung verbundene Arbeitsaufwand im Rahmen des Terminplanes auch unter Berücksichtigung der Größe des Auftrages durch den Auftragnehmer nicht mit abgewickelt werden kann.
7. Führt die Abwicklung einer Mehrleistung aufgrund entsprechender Anordnungen des Auftraggebers nach § 1 Abs. 3 oder Abs. 4 VOB/B im Rahmen des Detailterminplanes gemäß Ziff. 10.1110 zu einer Bauzeitverlängerung, so hat der Auftragnehmer hierauf im Falle eines Vertragsabschlusses gemäß vorstehender Bestimmung vor Abschluss der Vereinbarung über die Änderungs- oder Zusatzarbeiten und im Falle einer Anordnung vor Beginn der betreffenden Arbeiten, spätestens jedoch innerhalb von einer Woche nach Eingang der Anordnung schriftlich hinzuweisen, und zwar unter Angabe der voraussichtlichen Verzögerungsdauer. Erfolgt ein fristgerechter schriftlicher Hinweis nicht, kann sich der Auftraggeber darauf verlassen, dass durch den Änderungs- oder Zusatzauftrag eine zeitliche Verzögerung nicht eintritt; die vertraglich vereinbarte Ausführungszeit ändert sich in diesem Fall nicht.
8. Geänderte oder zusätzliche Leistungen werden gemäß §§ 2 Abs. 5, 6 VOB/B nur dann vergütet, wenn der Auftragnehmer vor Leistungsausführung dem Auftraggeber schriftlich ein Nachtragsangebot vorgelegt hat. Eine Ausnahme hiervon gilt nur dann, wenn der Auftraggeber an der Vergütungspflicht keine ernsthaften

Zweifel haben kann, oder wenn die sofortige Ausführung der angeordneten Leistung aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen zwingend ist, etwa bei Notmaßnahmen.

Mit dem Nachtragsangebot ist auch die voraussichtliche zeitliche Relevanz gemäß Ziff. 10.1120 darzustellen.

9. Bei Zusatzleistungen und Leistungsänderungen erfolgt die Preisbildung auf der vertraglichen Preisermittlungsgrundlage.

Einheitspreise für zusätzliche oder geänderte Leistungen, für die in der vertraglichen Preisermittlungsgrundlage kein Ansatz enthalten ist, sind auf Grundlage der dem Auftragnehmer tatsächlich entstandenen Einzelkosten der Teilleistung (Lohn, Stoffe, Geräte, Sonstige Kosten und Fremdleistung) des Auftragnehmers zu ermitteln. Die Einzelkosten der Teilleistung sind dem Auftraggeber offenzulegen. Diese Einzelkosten der Teilleistung sind um den Zuschlagssatz des Auftragnehmers gemäß dem Formblatt VHB 221 bzw. 222 im Angebot des Bieters zu erhöhen. Mit dem Zuschlagssatz sind alle nachtragsbezogenen Kosten, insbesondere die Allgemeinen Geschäftskosten (AGK), die Gemeinkosten der Baustelle (besonders Gehälter und Vorhaltekosten), Risiken sowie Wagnis und Gewinn des Auftragnehmers abgedeckt. Unbeschadet der vorstehenden Regelung, darf der Nachtragspreis keinesfalls den ortsüblichen Preis übersteigen.

Die Vergütung wird in solchen Fällen der fehlenden Einigung über einen Nachtrag vom Auftraggeber unter Berücksichtigung der Preisermittlungsregelungen der vorstehenden Absätze nach billigem Ermessen bestimmt.

Können die Parteien sich binnen 30 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens oder, wenn ein solches nicht vorliegt, des Nachtragsangebotes nicht auf einen Preis für die Nachtragsleistung einigen, hat sie der Auftragnehmer nach schriftlicher Anordnung des Auftraggeber dennoch auszuführen, ein Leistungsverweigerungsrecht besteht nicht. In Sonderfällen kann die 30-Tage-Frist vom Auftraggeber verkürzt werden, wenn der Bauablauf dies zwingend erfordert und eine Verkürzung der Frist für den Auftragnehmer keine unangemessene Benachteiligung darstellt.

10. Im Falle der Vergabe zu Einheitspreisen führen Massenmehrungen bzw. -minderungen im Sinne des § 2 Abs. 3 VOB/B, auch wenn sie über 10 % hinausgehen, nicht zu einer Änderung der Einheitspreise. Ansprüche wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage oder Verschulden bei Vertragsschluss bleiben unberührt. Soweit einzelne Positionen völlig entfallen, also nicht nur geändert werden, hat der Auftragnehmer einen Anspruch auf Ausgleich für diese Positionen, soweit die anerkannte Gesamtabrechnungssumme um mehr als 10 % unter der Angebotssumme liegt.
11. Der Auftragnehmer wird vor Beantragung des Erlasses einer einstweiligen Verfügung wegen einer Streitigkeit über ein Anordnungsrecht oder die Höhe einer Vergütungsanpassung dem Auftraggeber dies mit einer Frist von 1 Woche ankündigen.
12. Der Auftragnehmer hat seine Berechnungen für die Vergütung von Nachtragsvereinbarungen nach § 2 VOB/B gemäß dem „Leitfaden zur Vergütung bei Nachträgen“ - VHB - Vergabehandbuch des Bundes - Ausgabe 2017 – Stand ~~Dezember 2017~~ 2019 vorzunehmen. Hierfür ist die Excel-Datei „521 (Vergütungszuordnung u. -berechnung)“ zu verwenden, die bei Bedarf vom, im Auftragsschreiben genannten, Ansprechpartner weitergegeben wird.

Zur Erzielung der Prüffähigkeit dem Grunde und der Höhe nach sind insbesondere folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- Angabe und Beleg der Anordnung.
- Beschreibung der Bausollabweichung.
- Angabe der Anspruchsgrundlage mit Bezeichnung der Anspruchsnorm.
- Ermittlung der Nachforderungspreise/Nachtragskalkulation, für deren Detaillierung die gleichen Anforderungen wie für die Urkalkulation (s. o.) gelten.

- Bei der Kalkulation der Baugeräte sind zwingend die Basisinformationen und Nutzungshinweise zur BAUGERÄTELISTE 2015 (BGL 2015) / EUROLISTE einzuhalten, sowie zutreffend nachvollziehbar in der Kalkulation auszuweisen. Die Basisinformationen und Nutzungshinweise zur Baugerätesliste 2015/ Euroliste sind unter <http://www.bgl-online.info/vorwort.html> beziehbar. Der pauschale Abschlag gegenüber der Baugerätesliste ist anzugeben. Im Falle, dass eingesetzte Geräte nicht in der BGL gelistet sind, sind diese in der Kalkulation separat auszuweisen.
- Alle erforderlichen preisbegründenden Unterlagen (Kopien aus der Urkalkulation, soweit hierauf Bezug zu nehmen ist, z. B. Preislisten, Liefernachweise, Lieferantenrechnungen).
- Für Nach-/Subunternehmerpreise: deren Kalkulation entsprechend den Anforderungen an die Urkalkulation, sowie die Genehmigung des Subunternehmereinsatzes.
- Minderkosten, die durch den Nachtrag entstehen.
- Kopie der Mehrkostenanzeige.
- Sofern durch den Auftragnehmer ein Nachtragsleistungsverzeichnis erstellt wird, muss dieses den Anforderungen der VOB/A genügen sowie gemäß der Systematik des Hauptvertrages aufgebaut sein.
- Nachträge müssen alle zur Nachtragsleistung gehörenden Leistungen, Aufwendungen und Kosten vollständig und abschließend ausweisen.
- Vorstehendes gilt analog/soweit anwendbar für andere Nachforderungsarten (z. B. Schadenersatz).
- Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer nach Abschluss der Arbeiten (kostenfrei für den Auftraggeber) eine Gemeinkostenausgleichsrechnung nach baubetrieblichem Standard innerhalb von 4 Kalenderwochen nach Aufforderung vorzulegen.
- Die Leistungsbeschreibung von Nachtragsleistungen ist in entsprechenden Leistungspositionen je Gebäude aufzustellen, so dass eine Gebäudebezogene und DIN-276-konforme Zuordnung der Kosten aus dem Nachtragsangebot hervorgeht.
- Für die Zuordnung bei der Abrechnung sind je Nachtragsangebot neue Positionen und Ordnungszahlen aufzunehmen.

Soweit diese Vorgaben von dem „Leitfaden zur Vergütung bei Nachträgen“ - VHB - Vergabehandbuch des Bundes - Ausgabe 2017 – Stand ~~Dezember 2017~~ 2019 bzw. der Excel-Datei „521 (Vergütungszuordnung und -berechnung)“ abweichen, gelten die vorstehenden Vorgaben vorrangig.

Der Auftragnehmer erhält für die Erstellung von Nachtragsangeboten keine Vergütung und hat keinen Anspruch auf Erstellung eines Nachtragsleistungsverzeichnisses durch den Auftraggeber.

10.0910 Anordnungen / Weisungsrechte

1. Die Anordnung von Leistungsänderungen sowie zusätzlichen Leistungen und deren Vergütung sowie von Stundenlohnarbeiten richtet sich nach diesen Bedingungen und den Vorschriften der VOB/B. Dieses Recht schließt auch das Recht ein, Änderungen der Bauumstände, der Bauzeit beziehungsweise der Ausführungsfristen anzuordnen, es sei denn eine solche Anordnung stellt einen unangemessenen Eingriff in die betriebliche Disposition des Auftragnehmers dar und ist ihm nicht zumutbar.
2. Anordnungen erfolgen aus Beweisgründen schriftlich und dürfen nur von Personen erteilt werden, die zur Anordnung von Leistungsänderungen nach den Regelungen dieses Vertrages berechtigt sind. Die bevollmächtigten Personen werden seitens des Auftraggebers gem. Ziff. 10.1005 benannt.

10.1000 Vertretung

10.1005 Bevollmächtigte Vertreter

Auftragnehmer und Auftraggeber benennen nach Vertragsschluss die Mitarbeiter, die von ihnen zur Abgabe und Entgegennahme rechtsgeschäftlicher Erklärungen bevollmächtigt sind.

10.1010 Projektleitung, Projektorganisation

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Leitung der Ausführung eine fachkundige und entscheidungsbefugte deutschsprechende (in Wort und Schrift) Projektleitung (eine Person) mit entsprechender Qualifikation (abgeschlossenes Hochschulstudium) und mindestens 5 Jahre Berufserfahrung in vergleichbarer Position einzusetzen.

Diese ist mit der notwendigen Vertretungsvollmacht für die Abwicklung des Auftrages, also zur Abgabe und Entgegennahme aller diesbezüglichen rechtsgeschäftlichen Erklärungen, ausgestattet und steht für die gesamte Bauzeit vor Ort zur Verfügung. Die Projektleitung ist bei Angebotsabgabe namentlich schriftlich bekannt zu geben.

2. Neben dem Projektleiter ist ein ebenso bevollmächtigter und befugter deutschsprechender (in Wort und Schrift) Stellvertreter zu benennen.
3. Eine Auswechslung des Projektleiters oder des Stellvertreters, ausgenommen Kündigung, kann nur mit Zustimmung des Auftraggebers vorgenommen werden. Bei nicht ausreichender Fachkenntnis des Beauftragten, sowie wenn das Vertrauensverhältnis zwischen Projektleitung und Auftraggeber zerrüttet ist und eine weitere Zusammenarbeit dem Auftraggeber nicht mehr zumutbar ist, kann der Auftraggeber dessen Ablösung und gleichwertigen Ersatz verlangen.

Ein neuer Projektleiter/Stellvertreter hat mindestens vergleichbare Kompetenzen und Erfahrungen, welche durch entsprechende Referenzen zu belegen sind und kann durch den Auftraggeber aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Der Auftraggeber wird die Ablehnung nicht unbillig vornehmen.

4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Projektleiter und dessen Stellvertreter während der Kernbauzeit ausschließlich für das vom Auftraggeber beauftragte Projekt einzusetzen und ihnen während der gesamten Abwicklung – mindestens jedoch bis zur Abnahme – keine anderen Aufgaben zu delegieren.
5. Im Falle von Krankheiten von kurzer Dauer und Urlaubsabwesenheit sind Projektleiter und Stellvertreter durch entsprechend qualifizierte und erfahrene Mitarbeiter zu ersetzen, die ebenfalls im vorerwähnten Sinne bevollmächtigt sind.
6. Die Benennung des Projektleiters und des Stellvertreters ist zu dokumentieren.

7. Die Abwicklung des Projektes wird in deutscher Sprache geführt. Alle Dokumente vom Vertragsabschluss bis zur Erfüllung sämtlicher Leistungen aus dem Vertrag sind vom Auftragnehmer ausschließlich in deutscher Sprache zu liefern. Fremdsprachige Unterlagen werden vom Auftraggeber nicht anerkannt.

Die Projektorganisation des Auftragnehmers muss deswegen mit deutschsprechenden Bearbeitern (Wort und Schrift) besetzt sein. Die verbale Kommunikation des Auftragnehmers und seiner Unterauftragnehmer mit dem Auftraggeber erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache.

8. Die Projektsprache gegenüber den internationalen Gremien der FAIR ist Englisch. Von daher erwartet der Auftraggeber vom Auftragnehmer, dass die Projektleitung bei Bedarf auch in Englisch kommunizieren kann. Wenn dies nicht der Fall ist, sichert der Auftragnehmer zu, dass er durch die Einschaltung und Beauftragung von geeigneten Dolmetschern bei Bedarf die notwendige Kommunikation auch mit den internationalen Gremien stattfinden kann.
9. Der Auftragnehmer darf ohne Zustimmung des Auftraggebers von der einmal gewählten Aufbauorganisation und der darin definierten Ansprechpartner nicht abweichen. Mit der Projektleitung, Bauleitung, Bauausführung oder Abrechnung betraute Organe des Auftragnehmers dürfen ohne Einwilligung des Auftraggebers ihrer Aufgabe nicht entzogen werden. Die Einwilligung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Die Aufbauorganisation für die Baustelle ist von dem Auftragnehmer mittels eines Organigramms darzustellen. Das Organigramm ist zum Gespräch gemäß Ziff. 10.1110 Nr. 1 vorzulegen.

10.1100 Ausführungsfristen, Behinderungen

10.1105 Fristen und Termine – Verschiebung des Ausführungsbeginns

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Ausführungsbeginn um bis zu drei Monate zu verschieben, die nachfolgenden Termine und Vertragsfristen gemäß Terminplan verschieben sich entsprechend. Bei einer solchen Verschiebung des Ausführungszeitraums hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Mehrvergütung; er hat diese Möglichkeit von vornherein in seine Kalkulation einzubeziehen.

10.1110 Detailterminplan (Planungs- und Ausführungstermine)

1. Zur Erstellung des Detailterminplans wird spätestens 5 Arbeitstage nach Vertragsabschluss ein gemeinsames Gespräch zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer stattfinden. In diesem Gespräch werden die Strukturen, Umfang, das Format sowie die erforderlichen Inhalte zur Erstellung des Detailterminplans gemeinsam zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer abgestimmt und festgelegt.
2. Mit dem Detailterminplan ist ein Erläuterungsbericht vorzulegen, dessen genauer Umfang und Inhalt zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber im vorgenannten Abstimmungsgespräch abgestimmt wird. Mindestens hat der Erläuterungsbericht jedoch die Gesamtprozessanalyse und die Phasenplanung gemäß Lean Construction, auf deren Basis der Detailterminplan erstellt wurde, zu beinhalten.
3. Der Detailterminplan muss von seiner Darstellung die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Termine sicherstellen. Hierzu sind alle erforderlichen Zeitangaben, insbesondere für die Erbringung des vertraglichen Leistungsumfanges mit Angabe der Planungs- und Ausführungsvorgänge, Inbetriebnahmezeiträume, Entscheidungs- und Prüffristen und Abnahmen, Ausschalf Fristen (ausschalen & Notunterstützungen) sowie die wesentlichen Ecktermine der anderen Schnittstellengewerke, insbesondere der anderen TGA-Gewerke und der Planbereitstellung des Auftraggebers zu berücksichtigen.

Der Auftragnehmer übersendet dem Auftraggeber den Detailterminplan und den Erläuterungsbericht 15 Arbeitstage nach dem Abstimmungsgespräch.

Grundsätzliche Anforderungen an die Terminplanung des Auftragnehmers:

Die Terminpläne müssen:

- glaubhaft (technisch, baubetrieblich realisierbar),
- aussagefähig (nachvollziehbare Arbeitsschritte),
- vollständig (mindestens wesentliche Vorgänge) und
- rechenbar (baubetrieblich sinnvoll und vollständig verknüpft)

sein.

4. Alle Vorgänge sind vollständig zu vernetzen. Für jeden Vorgang (außer erster und letzter) sind zwingend mindestens ein Vorgängervorgang und ein Nachfolgervorgang festzulegen und die zugeordneten Anordnungsbeziehungen anzugeben. Freie Pufferzeiten müssen getrennt ausgewiesen werden können.
5. Bei der Erstellung des Detailterminplans sind die geplanten Betriebszeiten der Baustelle zu berücksichtigen. Der hinterlegte Projektkalender hat Feiertage sowie geplante arbeitsfreie Zeiten des Auftragnehmers vorzusehen. Für die Vorgänge sind die geplanten Einsatzkapazitäten (Ressourcen) des Auftragnehmers zu hinterlegen. Diese Sachverhalte sind zu beachten und im Detailterminplan darzustellen.
6. Der Detailterminplan ist mit der Software „MS-Project“ in der Version 2013 oder höher zu erstellen und sowohl als ausführbare Datei (.mpp), digital als .pdf, als auch als in gut lesbarer Form (DIN A0, 3-fach) dem Auftraggeber zu übergeben. Die Übergabe der Dateien hat über PKM zu erfolgen.

Verteiler Papierfassung: 1-fach Auftraggeber, 1-fach Projektsteuerung, 1-fach Bauüberwachung

Verteiler digital: 1-fach PKM

7. Der Detailterminplan (Basisterminplan Soll-0) wird nach Abstimmung von beiden Parteien unterzeichnet und damit verbindlich. Die Vertragsfristen (VF) gemäß Rahmenterminplan sind nicht veränderbar und werden als Meilensteine und Vertragstermine (VT) im Detailterminplan aufgenommen und gesondert gekennzeichnet.
8. Der Detailterminplan ist mit der Lean Construction Methodik nach näherer Beschreibung des Leistungsverzeichnisses zu überwachen und zu steuern.
9. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den vorgenannten Detailterminplan und den Erläuterungsbericht periodisch fortzuschreiben und die Fortschreibung unaufgefordert vorzulegen. Als Periode gilt mindestens eine monatliche Fortschreibung als vereinbart. Die Fortschreibung basiert auf den Ergebnissen des Lean Construction und beinhaltet einen Abgleich der Soll-Termine mit den Ist-Terminen auf Grundlage des zu vereinbarenden Detailterminplans (Basisterminplan Soll-0), welcher immer unverändert dargestellt wird. Unterbrechungen sind als solche auszuweisen. Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, dem Auftraggeber die Terminplanung in gesonderten Terminen zu erörtern und für Rückfragen zur Verfügung zu stehen. Dieser fortgeschriebene Terminplan dient der Steuerung der Baustelle. Mit der Entgegennahme sind keine Änderungen der Vertragstermine und -fristen verbunden.
10. Bei der Erstellung und fristgemäßen Übergabe des Detailterminplans sowie dessen Fortschreibung, wie in den nachstehenden Absätzen festgelegt, handelt es sich um eine Hauptpflicht des Auftragnehmers.

Bis zur Vorlage des Detailterminplans ist der Auftraggeber zu einem Einbehalt von 50.000,00 € netto auf fällige Zahlungen an den AN berechtigt.
11. Der für die Erstellung, Überwachung, Steuerung und Fortschreibung des Detailterminplans verantwortliche Mitarbeiter des Auftragnehmers steht für die gesamte Bauzeit vor Ort zur Verfügung.
12. Für den Fall, dass der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen zur Erstellung und Übergabe des Detailterminplans nach angemessener Fristsetzung nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt, ist der Auftraggeber berechtigt, nach Maßgabe der vorstehenden Festlegungen i. S. des § 315 BGB nach billigem Ermessen den Detailterminplan selbst oder durch einen Dritten aufzustellen.
13. Bei Streitigkeiten über den Inhalt des Detailterminplans, die die Parteien nicht innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Vorlage des Planes ausräumen konnten, wird ein von den Parteien gemeinsam bestellter Schiedsgutachter unter Zugrundelegung der Regelungen der §§ 47 ff. der SL-Bau, Stand Juli 2016 2020, sowie der im Vertrag vorgesehenen Fristen, für beide Parteien verbindlich bestimmen, welche Festlegungen aus den wechselseitigen Vorschlägen der Parteien in Bezug auf den Detailterminplan für die Parteien bindend sind. Die Kosten des Schiedsgutachters trägt die Partei, deren Behauptung nicht bestätigt wird.

Die Parteien werden sich unverzüglich nach Vertragsschluss auf einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen einigen, der für die Parteien für den Fall einer solchen Auseinandersetzung tätig wird. Die Schiedsgutachterabrede ist zwischen den Parteien mit Festlegung des gemeinsam bestellten Schiedsgutachters zu schließen.

10.1115 Fristen / Terminüberwachung

1. Dem Auftraggeber ist wöchentlich am Montag der Vorwoche eine Terminvorausschau über die in der darauffolgenden sechs Wochen geplanten Arbeiten zu übergeben. Die Terminvorausschau enthält einen detaillierten Auszug aus dem Detailterminplan. Weiterhin sind in geeigneten Plänen (z.B. Grundrissplänen) die Bereiche darzustellen, in denen Arbeiten begonnen, fortgeführt oder beendet werden sollen. Es ist eine Vorausschau auf das eingesetzte Personal und Gerät, sowie über anstehende Bauzustandsbesichtigungen oder Abnahmen zu übergeben. Das Format der Terminvorschau ist mit dem Auftraggeber abzustimmen.
2. Der Umfang und die Komplexität des Projektes können Umstellungen und/oder Anpassungen im Bauablauf erfordern. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Umstellungen und/oder Anpassungen bei seinem Bauablauf in zumutbarem Umfang zu berücksichtigen und kostenneutral auszuführen.

10.1120 Behinderungen

1. Jede Gefährdung der Vertragstermine oder der vereinbarten Ausführungsfristen, sowie jede Behinderung und Unterbrechung ist dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen, und zwar auch dann, wenn die Behinderung offenkundig oder bereits aus Bautageberichten oder anderen Aufzeichnungen erkennbar ist. Unterlässt der Auftragnehmer schuldhaft diese Mitteilung, hat er den dem Auftraggeber daraus entstandenen Schaden zu ersetzen.
2. Dem Auftragnehmer steht bei unterlassener Behinderungsanzeige kein Anspruch auf Verlängerung der Ausführungsfrist und/oder auf Vergütung und/oder Schadensersatz zu.
3. Die Mitteilung muss neben der konkreten Behinderung auch soweit möglich die Auswirkungen der Behinderung sowohl in zeitlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht beschreiben.

Der Auftragnehmer hat hierbei, soweit es ihm möglich ist, konkrete Abhilfemöglichkeiten unter Darlegung der zeitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen mitzuteilen.

4. Glaubt der Auftragnehmer, dass die hindernden Umstände durch den Auftraggeber zu vertreten sind und glaubt er hierdurch einen Anspruch auf den Ersatz des nachweislich entstandenen Schadens zu haben, hat er diesen spätestens unverzüglich nach Beendigung der Behinderung gesondert prüfbar aufzustellen.
5. Behinderungen, die zu einer Verlängerung der Bauzeit führen könnten, bleiben unberücksichtigt, wenn sich der Auftragnehmer aus von ihm zu vertretenden Gründen bei Eintritt der Behinderung mit seinen Leistungen bereits im Rückstand befindet, sofern und soweit die Behinderung ohne diesen Rückstand des Auftragnehmers keine Auswirkungen auf den Bauablauf gehabt hätte.
6. Der Auftragnehmer hat bei der Anzeige von Behinderungen zwingend folgende Angaben nachvollziehbar darzustellen:
 - die Bezeichnung des Bauvorhabens (Los, Bauteil etc.),
 - die Auftragsnummer,
 - fortlaufende Nummerierung der Behinderungsanzeige,
 - Welche Leistungen sind betroffen (Bezug auf LV, NA),
 - Wo sind die Arbeiten auszuführen (konkrete Örtlichkeiten),
 - eine konkrete Beschreibung des Bau-Ist,
 - eine konkrete Beschreibung des Bau-Soll,
 - Wann hätten die Leistungen nach dem Bauablauf ausgeführt werden sollen (Soll-Darstellung, Bezug auf Terminplan, Vorgangsnummer),
 - Ab wann werden die Leistungen voraussichtlich behindert sein / sind die Leistungen behindert,
 - Ab wann und voraussichtlich wie lange wird die Behinderung dauern,
 - Alle Tatsachen, aus denen sich die Begründung für den Auftraggeber mit hinreichender Klarheit ergibt,

- Welche Folgen ergeben sich daraus, dass die betroffenen Arbeiten nicht plangemäß ausgeführt werden können,
 - Anzeige der Leistungsbereitschaft des Auftragnehmers,
 - nach Möglichkeit Mitteilung von Kompensationsmaßnahmen (z.B. Bauablaufumstellungen), die vorzugsweise kostenneutral sind.
7. Behinderungen sind nach Wegfall der Behinderungsursachen unverzüglich schriftlich abzumelden.
8. Mindestanforderungen zur Nachweisführung der Auswirkungen von Behinderungen oder Unterbrechungen auf den Bauablauf im Falle der Geltendmachung von Ansprüchen aus gestörtem Bauablauf:

Der Auftragnehmer führt den konkreten Nachweis jedes einzelnen Behinderungssachverhaltes und seiner terminlichen Auswirkungen und stellt anhand einer nachvollziehbaren bauablaufbezogenen Darstellung mindestens dar:

- Zutreffende und nachvollziehbare Einarbeitung der Behinderungen in den Bauablauf und Darstellung von deren Auswirkungen auf diesen,
- Nachweis wie lange die konkrete Behinderung/Unterbrechung angedauert hat,
- Nachvollziehbare Berücksichtigung aller auf den Bauablauf einwirkenden Vertragsabweichungen,
- Nachvollziehbare Berücksichtigung von Eigenverzögerungen aus der Sphäre des Auftragnehmers,
- Nachvollziehbare Berücksichtigung von nicht vom Auftragnehmer benötigte Pufferzeiten,

Der Auftragnehmer muss darlegen und beweisen, wie sich jede einzelne Behinderung/Unterbrechung mit welcher Dauer und mit welchem Umfang auf den Bauablauf auswirken; die etwaige Überlagerung von Behinderungssachverhalten oder z.B. aus beauftragten Nachträgen des Auftragnehmers ist entsprechend darzustellen. Die konkrete bauablauf- und vorgangsbezogene Darstellung ist unumgänglich.

10.1125 Unterrichtung über Verzögerungen

Wird erkennbar, dass die vereinbarten Vertragsfristen nicht eingehalten werden können, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich über die voraussichtlichen Verzögerungen unter Benennung von deren Gründen schriftlich zu unterrichten. Er ist verpflichtet, dem Auftraggeber mögliche Alternativen aufzuzeigen, ob und inwieweit Termine noch eingehalten werden können.

10.1200 Abnahme

10.1205 Abnahmen / Teilabnahmen

1. Die Leistungen des Auftragnehmers werden nach ihrer Erbringung förmlich abgenommen.
2. Grundsätzliche Voraussetzung für die Abnahmen und Teilabnahmen ist die Fertigstellung der Leistung. Es dürfen keine wesentlichen Mängel vorliegen.
3. Für in sich geschlossene Teilleistungen ist die Durchführung von Teilabnahmen auf Verlangen des Auftragnehmers möglich.
4. Im Falle der Übergabe fertiggestellter Leistungen an dritte Gewerke besteht lediglich die Möglichkeit einer Bauzustandsfeststellung nach VOB/B § 4 Abs. 10.
5. Die in der VOB/B vorgesehenen Möglichkeiten einer fiktiven Abnahme sind ausgeschlossen. Das gilt insbesondere für weitere Ausbau – bzw. Eigenleistungen des ~~AG Auftraggebers~~. Deren Ausführung begründen keine Billigung oder Abnahme der Leistungen des ~~AN Auftragnehmers~~.

6. Zur Vorbereitung der Abnahme wird rechtzeitig, spätestens jedoch 30 Arbeitstage vor der Abnahme, eine Vorbegehung durchgeführt, für die ebenfalls ein Protokoll zu erstellen und von beiden Parteien zu unterzeichnen ist, dass der Auftragnehmer etwaige Mängel noch beseitigen kann. Die Vorbegehung hat jedoch ausdrücklich nicht den Charakter einer Teilabnahme. Die Vorbegehung ist jedoch Voraussetzung für die Abnahme. Die Vorbegehung beginnt binnen 5 Arbeitstagen nach Fertigmeldung des ~~AN~~ Auftragnehmers. Die Einladung zur Vorbegehung wird von der Bauüberwachung des Auftraggebers ausgesprochen. Zur Vorbegehung kommt es nicht, wenn nach Fertigmeldung noch offenkundig ist, dass die Leistung noch nicht abnahmereif ist.
7. Die Vorlage der vertraglich vereinbarten Dokumentation zur Abnahme ist Abnahmevoraussetzung.

10.1210 Übernahme betriebstechnischer Anlagen

Sofern die Prüfung auf Vertragsmäßigkeit (Funktionsprüfung) bei Abnahmereife aus Gründen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht zeitnah nach Fertigstellung der Leistung und Stellung eines Abnahmeverlangens vorgenommen werden kann, findet zunächst keine Abnahme, sondern nur eine Übernahme statt. Hierzu ist eine gemeinsame Zustandsfeststellung der Parteien vorzunehmen und in gemeinsamer Niederschrift festzuhalten. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt erst mit der Abnahme. Ist die Abnahme auch 6 Monate nach Übernahme aus vom Auftragnehmer nicht zu vertretenden Gründen noch nicht erfolgt, beginnt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche 6 Monate nach Übernahme.

Mit der Übernahme endet die Schutzpflicht des Auftragnehmers nach § 4 Abs. 5 VOB/B. Die Gefahr geht gemäß § 12 Abs. 6 VOB/B auf den Auftraggeber über.

Die Beweislast für die Mangelfreiheit des Werkes bleibt bis zur Abnahme beim Auftragnehmer.

Auf Verlangen des Auftragnehmers können die bis zum Zeitpunkt der Übernahme erbrachten Leistungen abgerechnet werden, wenn der Auftragnehmer eine Sicherheit in Höhe von 5 v. H. der Auftragssumme inkl. Umsatzsteuer bezogen auf die bis dahin erbrachte Leistung (zum Zeitpunkt der Übernahme) einschließlich der einvernehmlich vereinbarten Nachträge stellt.

Eine für die vertragsgemäße Erfüllung gestellte Sicherheit wird angerechnet.

Eine wegen Verzugs verwirkte Vertragsstrafe wird bis zum Tage der Übernahme berechnet. Die Leistung wird gemäß § 12 VOB/B förmlich abgenommen, sobald die Vertragsmäßigkeit durch eine Funktionsprüfung nachgewiesen ist.

10.1215 Dokumentationsunterlagen

1. Zur Abnahme müssen die geschuldeten und abnahmereifen Dokumentationsunterlagen vom Auftragnehmer vorliegen. Die Dokumentationsunterlagen in Papierform und in der Planungsdatenbank mit seinen Eingaben und Dokumentzuordnungen müssen identisch und aktuell sein.
2. Für den Prüflauf und die Freigabe der Dokumentationsunterlagen ist im Terminplan in Abstimmung mit dem Auftraggeber ein entsprechender Ablauf mit angemessenen Fristen vorzusehen. Die Dokumentationsunterlagen müssen 2-fach als farbige Papierausfertigung in separaten beschrifteten Ordnern inkl. Inhaltsverzeichnis sowie 1-fach digital in bearbeitbarer Form gem. GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie und vervielfältigungsfähig, auf einem Datenträger und im PKM eingereicht werden.
3. Zur Erstellung der Dokumentation der Planungsleistungen ist die GSI/FAIR-CC – CAFM-Richtlinie einzuhalten. Siehe Ziff. 10.0425.

4. Binnen sechs Wochen nach Vertragsschluss benennt der Auftragnehmer dem Auftraggeber den für die Dokumentation verantwortlichen Ansprechpartner für die fachliche Abstimmung in allen Fragen der Dokumentation.

10.1220 Nutzung fremden Geländes

Sofern der Auftragnehmer aufgrund eigener vertraglicher Abreden Flächen privater oder öffentlicher Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigter als Baustelleneinrichtungsfläche, Lager usw. für das vertragsgegenständliche Bauvorhaben nutzt, gilt Folgendes: Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer unverzüglich nach Beendigung der Nutzung Bescheinigungen der privaten und öffentlichen Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigten, deren Flächen und Anlagen während der Bauzeit von ihm benutzt wurden, beizubringen, aus denen hervorgeht, dass der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt wurde und sämtliche Auflagen erfüllt worden sind. Sollten die Bescheinigungen zur Abnahme nicht oder nicht vollständig vorliegen, ist der Auftraggeber berechtigt, einen Einbehalt von der Schlusszahlung in angemessener Höhe bis zur Vorlage der Bescheinigungen vorzunehmen.

10.1300 Mängelansprüche

10.1305 Verjährungsfrist für Mängelansprüche

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche (= Gewährleistungsfrist) beträgt vier Jahre.

Unbeschadet dessen verjähren Mängelansprüche für Leistungen zur Beseitigung von Mängeln innerhalb von vier Jahren nach deren Abnahme, die gemäß den Bestimmungen des Vertrages zu erfolgen hat. Frühestens verjähren solche Ansprüche jedoch nach in Satz 1 genannten Verjährungsfristen.

Der Auftragnehmer tritt hiermit dem dies annehmenden Auftraggeber sämtliche ihm zukünftig zustehenden Mängelansprüche gegen seine Nachunternehmer und Lieferanten ab. Der Auftragnehmer bleibt jedoch bis auf Widerruf ermächtigt und verpflichtet, diese Ansprüche gegen seine Nachunternehmer und Lieferanten auf seine Kosten geltend zu machen. Hiervon hat er dem Auftraggeber zu berichten. Die eigene Verpflichtung des Auftragnehmers hinsichtlich sämtlicher Mängelansprüche bleibt unberührt. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer im Falle seiner Inanspruchnahme erforderlichenfalls insoweit die Mängelansprüche zurück übertragen.

10.1310 Mängelbeseitigung

Sollte es bei der Ausführung der Leistungen zu Mängeln in der Ausführung kommen so ist folgendes zu beachten:

Die Art und der Ablauf der Mängelbeseitigung ist vor und nach Abnahme mit dem Auftraggeber abzustimmen. Der Auftraggeber wird im Zuge der Mangelrüge bestimmen, ob im Einzelfall auf die Anwendung der vorstehenden Regelung verzichtet wird.

Kommt der Auftragnehmer vor Abnahme seines Werkes einer Fristsetzung zur Mängelbeseitigung während der Ausführung nicht nach, so ist der Auftraggeber auch vor Abnahme berechtigt, in Abweichung von §§ 4 Abs. 7, 8 Abs. 3 VOB/B den Mangel ohne Auftragsentziehung auf Kosten des Auftragnehmers beseitigen zu lassen.

10.1400 Versicherung

10.1405 Multirisk-Versicherung

Der Auftraggeber stellt eine Multirisk-Versicherung gemäß Anlage [B160]. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Kosten der Versicherung auf den Auftragnehmer anteilig in Höhe von 0,8 % der Nettoschlussrechnungssumme umzulegen und von den jeweiligen Abschlagsrechnungen des Auftragnehmers einen entsprechenden Anteil einzubehalten.

10.1500 Sicherheiten

10.1505 Vertragserfüllungssicherheit

1. Der Auftragnehmer gewährt dem Auftraggeber zur Sicherstellung der vertragsgemäßen und fristgerechten Ausführung der Leistung einschließlich Nachtragsleistungen, vor allem zur Absicherung von vor Abnahme entstandener Ansprüche wegen Mängeln, von Schadensersatz, der Erstattung von Überzahlungen zuzüglich Zinsen, der Zahlung einer verwirkten Vertragsstrafe, der Leistung der Sicherheit für Mängelansprüche Sicherheit in Höhe von 5 % der vom Auftraggeber bezuschlagten Brutto-Angebotssumme, sofern diese Summe mindestens EUR 250.000,00 ohne Umsatzsteuer beträgt.
2. Stellt der Auftragnehmer die Sicherheit für die Vertragserfüllung binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss weder durch Hinterlegung noch durch Vorlage einer Bürgschaft, so ist der Auftraggeber berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.
3. Eine nicht verwertete Sicherheit für die Vertragserfüllung ist nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückzugeben. Sind zu diesem Zeitpunkt Ansprüche des Auftraggebers, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt, darf er für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten (§ 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B).

10.1510 Sicherheit für Mängelansprüche

1. Die für Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt 3 v. H. der vom Auftraggeber anerkannten Brutto-Schlussrechnungssumme. Die Sicherheit für Mängelansprüche erstreckt sich auf die Erfüllung der nach Abnahme entstandenen Mängelansprüche einschließlich nach Abnahme entstandener Schadensersatzansprüche.
2. Hinsichtlich der Rückgabe der nicht verwendeten Sicherheit gilt Folgendes:

In Ziff. 10.1305 ist eine 4-jährige Gewährleistungsfrist für Mängelansprüche vorgesehen.

Der Auftraggeber hat grundsätzlich unter den Voraussetzungen des § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B die Bürgschaft bzw. einen etwaigen Einbehalt unter Berücksichtigung eingetretener Verjährungshemmungen und – unterbrechungen nach Gesetz und VOB/B zurückzugeben; jedoch mit der Maßgabe, dass statt des dort in Satz 1 genannten Zeitraums von zwei Jahren vier Jahre ab Abnahme maßgeblich sind und dass nur solche Ansprüche gemäß dem dortigen Satz 2 ein Recht zur (Teil –) Zurückhaltung/Verwertung der Sicherheit gewähren, die der Auftraggeber berechtigterweise rechtzeitig innerhalb von vier Jahren ab Abnahme gegenüber dem Auftragnehmer geltend gemacht hat; dabei reicht es für den Erhalt von Mängelansprüchen, wenn der Auftraggeber rechtzeitig das zugrunde liegende Symptom rügt.

10.1515 — Sicherheit für Vorauszahlung

1. ~~Der AG gewährt dem AN eine Vorauszahlung auf den Werklohn in Höhe von 20 % der Netto-Auftragssumme zuzüglich Umsatzsteuer gemäß folgenden Bedingungen:~~

~~Die Vorauszahlung ist fällig binnen 21 Tagen nach Erhalt einer Vorauszahlungsrechnung in entsprechender Höhe sowie einer nicht auf erstes Anfordern zahlbaren selbstschuldnerischen Vorauszahlungsbürgschaft in Höhe des Bruttobetrages der Vorauszahlung. Die Vorauszahlung wird auf die erstfälligen Abschlagszahlungen des AG an den AN angerechnet.~~

~~Der Sicherungszweck der Bürgschaft muss lauten wie folgt:~~

~~Der Bürge haftet für sämtliche Rückzahlungsansprüche des AG gegen den AN, die sich daraus ergeben, dass der AN eine Leistung, für die die Vorauszahlung geleistet wird, erbringt, die nach dem Preissystem dieses Bauvertrages nicht der Vorauszahlung entspricht. Etwaige Mängel, die der Leistung des AN anhaften, mindern den Wert der nach dem Vertragspreissystem bewerteten Leistung um die Höhe der objektiv bei Ausführung durch Dritte notwendigen Mängelbeseitigungskosten (netto).~~

2. ~~Die Bürgschaft muss die Regelung enthalten, dass die Verpflichtung aus der Bürgschaft aufschiebend bedingt ist und erst entsteht, wenn der verbürgte Betrag dem in der vorgenannten Rechnung des AN genannten Konto gutgeschrieben worden ist.~~

~~Der AG kann den Bürgen erst in Anspruch nehmen, wenn nach (ggf. vorzeitiger) Beendigung der Arbeiten dieses Vertrages (z.B. aufgrund von Kündigung, Aufhebung des Bauvertrages oder Abschluss der Arbeiten) und Bewertung der bis zum Beendigungszeitpunkt erbrachten Leistung ein Anspruch des AG auf vollständige oder Teil-Rückzahlung der Vorauszahlung gemäß obigen Bestimmungen gegeben ist. Maßgebend ist dabei die objektiv richtige Abrechnung nach dem Preissystem dieses Bauvertrages unter Berücksichtigung etwa bestehender Mängel. Sofern der AN nicht unverzüglich nach dem Beendigungszeitpunkt eine Schlussrechnung vorlegt, kann der AG Ansprüche aus der Bürgschaft auf Grundlage einer von ihm — dem AG erstellten — erstellten eigenen Berechnung geltend machen. Dem Bürgen steht es, sofern er die durch den AG vorgenommene Korrektur der vom AN erstellten Abrechnung oder die vom AG erstellte Berechnung nicht akzeptiert, frei, den Nachweis zu führen, dass tatsächlich die Leistung des AN höher zu bewerten ist.~~

~~Der AG verpflichtet sich dazu, die Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde im Original an den Bürgen zurückzugeben, wenn er eine Leistung des AN erhalten hat, die nach dem Preissystem dieses Vertrages auch nach Abzug etwaiger Mängelbeseitigungskosten (netto) mindestens 30% der Auftragssumme netto wert ist, der AN hierzu eine Abschlagsrechnung gem. VOB/B gestellt hat und diese fällig geworden ist. Ein Anspruch auf Teilenthaltung der Bürgschaft besteht unter den entsprechend anwendbaren Voraussetzungen des vorhergehenden Satzes.~~

~~Die Vorauszahlung des AG wird in dem Zeitraum ab Wertstellung auf dem Konto des AN bis zur Fälligkeit der Rechnung(en) durch die der AN berechtigterweise den Abbau der Vorauszahlung (ganz oder teilweise) herbeiführt, nach § 16 Absatz 2 Nr. 1 S. 2 VOB/B mit 3% jährlich verzinst. Den sich ergebenden Betrag rechnet nach Eintritt vorstehender Voraussetzungen der AG ab. Der AN muss diesen Betrag unverzüglich an den AG erstatten.~~

10.1517 — Sicherheit für Vorauszahlung

1. Der Auftraggeber gewährt dem Auftragnehmer eine Vorauszahlung auf den Werklohn in Höhe von 10 % der Netto-Auftragssumme der Realisierungsphase I. Die Vorauszahlung wird in 2 Raten zu je 5 % der Netto – Auftragssumme gemäß folgenden Bedingungen geleistet:

Die erste Rate der Vorauszahlung in Höhe von 5 % der Netto – Auftragssumme ist fällig binnen 30 Tagen nach Zuschlagserteilung und Erhalt einer Vorauszahlungsrechnung in entsprechender Höhe sowie einer

nicht auf erstes Anfordern zahlbaren selbstschuldnerischen Vorauszahlungsbürgschaft in Höhe des Nettobetrages der Vorauszahlung (5 % der Netto – Auftragssumme). Die Vorauszahlung wird auf die erstfälligen Abschlagszahlungen des Auftraggebers an den Auftragnehmer angerechnet.

Die zweite Rate der Vorauszahlung in Höhe von 5 % der Netto – Auftragssumme ist fällig ein Monat vor Abschluss der ersten Koordination der Werkstatt – und Montageplanung (d.h. 8 Monate nach Beginn der Koordination der Werkstatt- und Montageplanung) und Erhalt einer Vorauszahlungsrechnung in entsprechender Höhe sowie einer nicht auf erstes Anfordern zahlbaren selbstschuldnerischen Vorauszahlungsbürgschaft in Höhe des Nettobetrages der Vorauszahlung (5 % der Netto – Auftragssumme). Die Vorauszahlung wird auf die nächstfälligen Abschlagszahlungen des Auftraggebers an den Auftragnehmer nach Leistung dieser Rate der Vorauszahlung angerechnet.

Der Sicherungszweck der jeweiligen Bürgschaft muss lauten wie folgt:

Der Bürge haftet für sämtliche Rückzahlungsansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer, die sich daraus ergeben, dass der Auftragnehmer eine Leistung, für die die Vorauszahlung geleistet wird, erbringt, die nach dem Preissystem dieses Bauvertrages nicht der Vorauszahlung entspricht. Etwaige Mängel, die der Leistung des Auftragnehmers anhaften, mindern den Wert der nach dem Vertragspreissystem bewerteten Leistung um die Höhe der objektiv bei Ausführung durch Dritte notwendigen Mängelbeseitigungskosten (netto).

2. Die jeweilige Bürgschaft muss die Regelung enthalten, dass die Verpflichtung aus der Bürgschaft aufschiebend bedingt ist und erst entsteht, wenn der verbürgte Betrag dem in der vorgenannten Rechnung des Auftragnehmers genannten Konto gutgeschrieben worden ist.

Der Auftraggeber kann den jeweiligen Bürgen erst in Anspruch nehmen, wenn nach (ggf. vorzeitiger) Beendigung der Arbeiten dieses Vertrages (z.B. aufgrund von Kündigung, Aufhebung des Bauvertrages oder Abschluss der Arbeiten) und Bewertung der bis zum Beendigungszeitpunkt erbrachten Leistung ein Anspruch des Auftraggebers auf vollständige oder Teil-Rückzahlung der Vorauszahlung gemäß obigen Bestimmungen gegeben ist. Maßgebend ist dabei die objektiv richtige Abrechnung nach dem Preissystem dieses Bauvertrages unter Berücksichtigung etwa bestehender Mängel. Sofern der Auftragnehmer nicht unverzüglich nach dem Beendigungszeitpunkt eine Schlussrechnung vorlegt, kann der Auftraggeber Ansprüche aus der Bürgschaft auf Grundlage einer von ihm – dem Auftraggeber – erstellten eigenen Berechnung geltend machen. Dem Bürgen steht es, sofern er die durch den Auftraggeber vorgenommene Korrektur der vom Auftragnehmer erstellten Abrechnung oder die vom Auftraggeber erstellte Berechnung nicht akzeptiert, frei, den Nachweis zu führen, dass tatsächlich die Leistung des Auftragnehmers höher zu bewerten ist.

Der Auftraggeber verpflichtet sich dazu, die jeweilige Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde im Original an den Bürgen zurückzugeben, wenn er nach Stellung der Bürgschaft eine Leistung des Auftragnehmers erhalten hat, die nach dem Preissystem dieses Vertrages auch nach Abzug etwaiger Mängelbeseitigungskosten (netto) mindestens 5% der Netto – Auftragssumme wert ist, der Auftragnehmer hierzu eine Abschlagsrechnung gemäß VOB/B gestellt hat und diese fällig geworden ist. Ein Anspruch auf Teilenthaltung der Bürgschaft besteht unter den entsprechend anwendbaren Voraussetzungen des vorhergehenden Satzes.

Die Vorauszahlung des Auftraggebers wird in dem Zeitraum ab Wertstellung auf dem Konto des Auftragnehmers bis zur Fälligkeit der Rechnung(en) durch die der Auftragnehmer berechtigterweise den Abbau der Vorauszahlung (ganz oder teilweise) herbeiführt, nach § 16 Absatz 2 Nr. 1 S. 2 VOB/B nicht verzinst.

10.1520 Art der Sicherheit

1. Für die Vertragserfüllung und die Mängelansprüche kann Sicherheit wahlweise durch Einbehalt oder Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

2. Der Auftragnehmer kann die einmal von ihm gewählte Sicherheit durch eine andere der vorgenannten ersetzen.
3. Für vereinbarte Abschlagszahlungen (§ 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B) und für vereinbarte Vorauszahlungen ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten.

10.1525 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

1. Soweit der Auftragnehmer eine Vertragserfüllungsbürgschaft oder Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft zu stellen verpflichtet und eine Gewährleistungsbürgschaft zu stellen berechtigt ist, müssen diese Bürgschaften folgenden Anforderungen genügen:

Die Bürgschaft ist von einem

- in den Europäischen Gemeinschaften oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kreditversicherer zu stellen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

„Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht. Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.

Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.

Die Ansprüche aus der Bürgschaft verjähren nach Ablauf von fünf Jahren beginnend mit dem Ende des Jahres, in dem diese Ansprüche fällig werden. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.

Als Gerichtsstand wird vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen: Darmstadt.“

2. Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur einer Urkunde zu stellen.
3. Die Gewährleistungsbürgschaft muss die Erfüllung der nach Abnahme entstandenen Mängelansprüche einschließlich der nach Abnahme entstandener Schadenersatzansprüche sichern.
4. Die Vertragserfüllungsbürgschaft und die Abschlagszahlungsbürgschaft müssen die vertragsgemäße und fristgerechte Ausführung der dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen sowie die Absicherung etwaiger Rückforderungsansprüche des Auftraggebers aus Überzahlungen während der Bauzeit sichern.
5. Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.
6. ~~Hinsichtlich des Sicherungszwecks der Vorauszahlungsbürgschaft wird auf Ziffer 10.1515 Nr. 1 verwiesen.~~

10.1530 Erhöhung der Vertragserfüllungssicherheit bei Auftragswerterhöhung durch Nachträge

Ergänzend zu Ziff. 10.1505 Nr. 1 der wBVB ist bei einer Erhöhung des Auftragswerts durch Bauleistungsnachträge (also ohne baubetriebliche Nachträge), Zusatzleistungen usw., auf Verlangen des Auftraggebers, die Vertragserfüllungsbürgschaft entsprechend zu erhöhen.

10.1535 Sicherheit für Abschlagszahlungen im Sinne des § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 VOB/B

Beansprucht der Auftragnehmer Abschlagszahlungen für für die geforderte Leistung eigens angefertigte und bereitgestellte Bauteile sowie auf der Baustelle angelieferte Stoffe und Bauteile, so ist hierfür Sicherheit in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft eines Kreditinstitutes oder Kreditversicherers i.S.d. § 17 Abs. 2 VOB/B in entsprechender Höhe zu leisten

10.1600 Einsatz von Arbeitskräften und Nachunternehmern

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass er Leistungen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers an andere Unternehmer übertragen darf.

10.1605 Vereinbarung Tariftreue mit Vertragsstrafe

Der Auftragnehmer sowie seine anderen Unternehmer und Verleihunternehmen sind verpflichtet, dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtungen zur Tariftreue und der Zahlung des Mindestentgeltes, auf dessen Verlangen, jederzeit nachzuweisen. Der Auftraggeber darf zu diesem Zweck angekündigt oder unangekündigt in erforderlichem Umfang anlassbezogen Einsicht in die Entgeltabrechnungen und anderen Geschäftsunterlagen des Auftragnehmers sowie aller weiteren anderen Unternehmen und Verleihunternehmen nehmen, aus denen Umfang, Art und Dauer von Beschäftigungsverhältnissen sowie die tatsächliche Entlohnung von Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden können. Der Auftraggeber kann hierzu auch Auskunft verlangen. Der Auftragnehmer sowie alle anderen Unternehmen und Verleihunternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen. Der Auftraggeber verpflichtet den Auftragnehmer vertraglich, ihm ein entsprechendes Auskunfts- und Prüfungsrecht auch bei der Beauftragung von anderen Unternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen.

Der Auftragnehmer sowie alle anderen Unternehmen und Verleihunternehmen haben vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers sind ihm diese Unterlagen vorzulegen und als Kopie oder elektronisch zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeber verpflichtet den Auftragnehmer vertraglich, die Einhaltung dieser Pflicht durch alle beauftragten anderen Unternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen. Der Auftraggeber darf die ihm als Kopie oder elektronisch zur Verfügung gestellten Unterlagen nur zu dem Zweck nach Abs. 1 nutzen; er darf sie höchstens bis zu einem Jahr nach Erfüllung des Vertrags mit dem Auftragnehmer aufbewahren.

10.1610 Mittelstandsförderung

Der Auftragnehmer wird sich bemühen, Unter- und Zulieferaufträge an kleine und mittlere Unternehmen in dem Umfang zu vergeben, wie er es mit der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung vereinbaren kann. Die Bestimmungen von § 4 Abs. 8 VOB/B sowie § 4 Abs. 4 VOL/B bleiben unberührt.

10.1615 Andere Unternehmer

1. Der Einsatz von anderen Unternehmern oder freiberuflich Tätigen, die vom Wettbewerb ausgeschlossen sind, ist unzulässig. Sowohl der Auftragnehmer als auch dessen anderen Unternehmer haben Eigenerklärungen gemäß Ziffer 8. des Gemeinsamen Runderlass über den „Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen“ in der Fassung vom 24. November 2015 (StAnz. S. 1375 ff), abzugeben.
2. Weigert sich der Auftragnehmer von dem Einsatz eines vom Wettbewerb ausgeschlossenen Unternehmens Abstand zu nehmen, kann der Auftrag aus wichtigem Grund entzogen werden.
3. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer beim Einsatz anderer Unternehmer die arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Vorschriften einzuhalten hat. Hinsichtlich der Abführung von Sozialver-

sicherungsbeiträgen wird auf die durch das Gesetz zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit (am 1. August 2004 in Kraft getreten) eingeführte Generalunternehmerhaftung aufmerksam gemacht. Zu dem Nachweis der Eignung der anderen Unternehmer siehe Nr. 8–7 der Bewerbungsbedingungen (Formblatt VHB 212 – Ausgabe 2017 – Stand 2019).

10.1620 Einsatz von Arbeitskräften und Nachunternehmern

1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche im Zusammenhang mit der Beschäftigung und dem Einsatz von Arbeitskräften einschlägigen gesetzlichen und tariflichen Vorschriften, insbesondere die Bestimmungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit oder sonstiger illegaler Beschäftigung, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das Arbeitnehmerentsendegesetz, die Mindestlohnregelungen und die einschlägigen steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Diese Verpflichtung wird er auch seinen Nachunternehmern auferlegen.
2. Der Auftragnehmer gewährt dem Auftraggeber ein uneingeschränktes Einsichtsrecht in seine anonymisierte Lohn- und Gehaltslisten. Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen monatlich einen Lohn- und Gehaltsnachweis über die Zahlungen des Mindestlohns durch Vorlage von Aufzeichnungen über die geleisteten Arbeitsstunden und das hierfür gezahlte Entgelt zu erbringen.
3. Der Auftragnehmer wird Sorge dafür tragen und dafür einstehen, dass er und ggf. von ihm beauftragte Nachunternehmer auf der Baustelle, die Gegenstand dieses Vertrages ist, ausschließlich Mitarbeiter aus Ländern der Europäischen Union einsetzt oder nur solche Mitarbeiter aus Drittländern, die im Besitz einer gültigen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis sind, und dass alle eingesetzten Mitarbeiter ordnungsgemäß versichert sind. Alle Mitarbeiter müssen die erforderlichen Sozialversicherungsausweise bzw. Sozialversicherungersatzausweise ständig mit sich führen. Der Name und die Anschrift der auf der Baustelle eingesetzten Arbeitnehmer sowie die gültigen Arbeitspapiere, Arbeitserlaubnisse und Sozialversicherungsausweise sind dem Bauplanungsdienstleister des Auftraggebers vor Arbeitsbeginn des jeweiligen Arbeitnehmers vorzulegen.

Liegen keine gültigen Arbeitserlaubnisse bzw. keine Sozialversicherungsausweise vor oder erlischt eine Aufenthaltserlaubnis/Arbeitserlaubnis oder ein Sozialversicherungsausweis, etwa infolge Befristung, so sind die betroffenen Arbeitskräfte unverzüglich von der Baustelle abgezogen und durch andere Arbeitskräfte zu ersetzen.

4. Falls der Auftraggeber nach § 14 AEntG oder nach § 13 MiLoG i.V.m. § 14 AEntG für die Verpflichtungen des Auftragnehmer zur Zahlung des Mindestentgeltes bzw. Mindestlohnes an seine Arbeitnehmer oder zur Zahlung von Beiträgen an eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien wie ein selbstschuldnerischer Bürge haftet, verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Auftraggeber von der Haftung nach § 14 AEntG auf erstes Anfordern freizustellen bzw. vom Auftraggeber aufgrund einer Inanspruchnahme gemäß § 14 AEntG bereits bezahlte Beträge unverzüglich zu erstatten. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jederzeit Einsicht in die nach § 19 AEntG zu erstellenden Aufzeichnungen zu gewähren. Die Unterlagen sind am Ort des Bauvorhabens bereitzustellen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Anzahl und Tätigkeitsdauer der eingesetzten Mitarbeiter gesondert zu benennen und dem Auftraggeber auf Verlangen monatliche Bestätigungen der eingesetzten Mitarbeiter über den Erhalt des Mindestlohnes und Bestätigungen der ZVK über die ordnungsgemäße Zahlung der Urlaubsbeiträge jeweils bis zum 15. des Folgemonats vorzulegen.
5. Der Auftragnehmer versichert, dass er seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den in- und ausländischen Einzugsstellen für die Sozial- und Unfallversicherungsbeiträge der von ihm beim vertragsgegenständlichen Bauvorhaben eingesetzten Arbeitnehmer vollständig und pünktlich nachkommt (z. B. § 28 e SGB IV, § 150 SGB VII). Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber für die Dauer des Bauvertrages jeweils gültige Unbedenklichkeitsbescheinigungen der betreffenden Einzugsstellen für Sozial- und Unfallversicherungsbeiträge vorzulegen. Diesen Unbedenklichkeitsbescheinigungen müssen neben dem Zeitraum der Gültigkeit die Anzahl der Arbeitnehmer enthalten, die bei der jeweiligen Einzugsstelle versichert sind. Auf

Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer Nachweise über die Abführung der Sozial- und Unfallversicherungsbeiträge dem Auftraggeber auszuhändigen.

6. Der Auftragnehmer ermächtigt den Auftraggeber, Auskünfte über die Zahlung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge bei den zuständigen Einzugsstellen des Gesamtsozialversicherungsbeitrags für die einzelnen Sozialversicherungsträger oder bei den einzelnen Sozialversicherungsträgern und Auskünfte über die Zahlung der gesetzlichen Unfallversicherungsbeiträge bei den zuständigen Berufsgenossenschaften einzuholen.
7. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen frei, die gegen den Auftraggeber wegen Verstoßes des Auftragnehmers gegen § 28 e SGB IV oder § 150 SGB VII geltend gemacht werden. Beauftragt der Auftragnehmer weitere Unternehmen oder Verleiher, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber auch von Ansprüchen frei, die gegenüber dem Auftraggeber wegen Verstoßes dieser Unternehmer gegen § 28 e SGB IV oder § 150 SGB VII geltend gemacht werden.
8. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche in Abs. 1. bis 7. enthaltenden Verpflichtungen an die von ihm im Zusammenhang mit diesem Vertrag beauftragten Nachunternehmer weiterzureichen und deren Einhaltung durch den Nachunternehmer sowie etwaige weitere Nachunternehmer in einer Nachunternehmer-Kette sicherzustellen und die Nachweise seiner Nachunternehmer bzw. etwaiger weiterer Nachunternehmer in einer Nachunternehmer-Kette an den Auftraggeber weiterzureichen.
9. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die in den Abs. 1. bis 8. übernommenen Pflichten verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe von EUR 1.000,00. Die Gesamtsumme von Vertragsstrafen wegen Verstößen gegen die Verpflichtungen in den Abs. 1. bis 8. wird auf 0,5 % der vom Auftraggeber beauftragten Nettoangebotssumme begrenzt. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen der Verstöße bleiben unberührt.
10. Der Auftraggeber ist berechtigt, bei einem Verstoß des Auftragnehmers gegen die vorstehenden Pflichten diesen Vertrag nach fruchtlosem Ablauf einer Nachfrist von einer Woche fristlos zu kündigen. Die Rechtsfolgen der Kündigung bestimmen sich in entsprechender Anwendung von § 8 Abs. 3 VOB/B. Der Auftraggeber ist zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt, wenn er aus einem anderen Vertrag mit dem Auftragnehmer auf Zahlung von Sozialversicherungs- und/oder Unfallversicherungsbeiträgen über § 28 e Abs. 3 a SGB IV in Anspruch genommen wird.
11. Des Weiteren ist der Auftraggeber berechtigt, seinem Haftungsrisiko entsprechende Einbehalte an Zahlungsansprüchen des Auftragnehmers vorzunehmen, wenn dieser gegen seine Verpflichtungen aus Abs. 1. bis 8. verstößt.
12. Nach § 165 Abs. 4 SGB VII (Gesetzliche Unfallversicherung) ist der Unternehmer verpflichtet, gesonderte Aufzeichnungen in der Weise zu führen, dass eine Zuordnung des Arbeitnehmers, der Arbeitsentgelte und der geleisteten Arbeitsstunden zu dem jeweiligen Auftrag gewährleistet ist. Die danach eröffneten Kontrollmöglichkeiten werden im Zusammenhang mit Stundenlohnabrechnungen, an denen auftraggeberseitig begründete Zweifel bestehen, ausgeschöpft.
13. Es wird auf die ergänzenden Bestimmungen des Baustellenhandbuchs [B225] zur Genehmigung zum Nachunternehmereinsatz verwiesen.

10.1700 Urheberrechte

10.1705 Urheber- und Schutzrechte Nutzung

1. Der Auftragnehmer versichert, dass ihm keine Umstände bekannt sind, insbesondere keine Schutzrechte Dritter, die es erschweren oder unzulässig machen, die zur Erfüllung dieses Vertrages notwendigen Gegenstände oder Verfahren herzustellen, zu verkaufen oder zu nutzen, weiter, dass keine Ansprüche wegen

Verletzung gewerblicher Schutzrechte gegen ihn geltend gemacht worden sind oder geltend gemacht werden. Soweit erforderlich, gehört die Lizenzierung von Verfahren und Software zugunsten des Auftraggebers zum Vertragsumfang.

2. Vorstehendes gilt auch für die Bauausführung. Von etwa dennoch entstehenden oder bestehenden Ansprüchen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber freizustellen. Erkennt der Auftragnehmer, dass er die vertragsgemäße Leistung nur unter Verletzung von Schutzrechten erbringen kann, ist er verpflichtet, nach seiner Wahl entweder den Vertragsgegenstand auf seine Kosten in der Weise zu ändern, dass das Schutzrecht nicht betroffen ist, oder aber die Leistung mit Zustimmung des Schutzrechtinhabers zu erbringen.
3. Der Auftraggeber darf insbesondere die Unterlagen einschließlich entsprechender Daten auf Datenträgern für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des Auftragnehmers unter Wahrung der Urheberpersönlichkeitsrechte nutzen, ändern und verwerten. Dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk.
4. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das ausschließliche, unwiderrufliche und unbeschränkte Recht ein, Planungen und Unterlagen (in verkörperter wie in elektronischer Form) sowie sämtliche sonstige Leistungen, die der Auftragnehmer bei der Ausführung der Vertragsleistung für das Bauvorhaben erbringt, ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des Auftragnehmers zu nutzen, zu ändern und zu verwerten.

Dies gilt auch bei vorzeitiger Beendigung dieses Vertrags. Das eingeräumte Recht kann vom Auftraggeber auf Dritte übertragen werden und umfasst insbesondere die Befugnis zur Änderung, Nutzung oder Verwertung der nach den Plänen des Auftragnehmers errichteten Leistungen sowie zu deren Veröffentlichung und der von Unterlagen oder Modellen unter Namensangabe des Auftragnehmers und der weiteren am Projekt Beteiligten.

5. Soweit der Auftragnehmer die Ausführung der Vertragsleistung oder Teile davon auf Subunternehmer überträgt, steht er auch dafür ein, dass der Subunternehmer keine eigenen Verwertungsrechte an den Vertragsleistungen für sich in Anspruch nimmt und zwar auch für den Fall vorzeitiger Vertragsbeendigung. Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der vorstehenden Nutzungsübertragung abgegolten. Die Urheberpersönlichkeitsrechte des Auftragnehmers und seiner Subunternehmer bleiben durch die Übertragung von Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechten unberührt. Der Auftragnehmer bestätigt und dokumentiert entsprechende Subunternehmervereinbarung mit Vertragsabschluss des Subunternehmers.
6. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass alle Leistungen, die er oder seine Subunternehmer im Rahmen dieses Vertrags erbringen, frei von Schutzrechten Dritter sind. Er wird den Auftraggeber von möglichen Ansprüchen Dritter wegen Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder sonstigen Rechten freistellen.

10.1800 Abtretung, Aufrechnung

1. Die Abtretung einer Forderung, gleich welchen Inhalts, bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Ohne die erforderliche Zustimmung erfolgte Abtretungen sind unwirksam. Der Auftraggeber wird die Zustimmung nur verweigern, wenn nach Prüfung im Einzelfall seine Interessen an der Aufrechterhaltung der Forderungsbeziehung die Interessen des Vertragspartners in der beabsichtigten Abtretung überwiegen.
2. Eine Aufrechnung mit Gegenansprüchen des Auftragnehmers ist nur zulässig, wenn diese Ansprüche durch den Auftraggeber nicht bestritten werden oder rechtskräftig festgestellt sind.
3. Der Auftragnehmer tritt bereits jetzt für den Fall einer möglichen Insolvenz sämtliche Mängelansprüche gegen von ihm beauftragte Dritte an den Auftraggeber ab, welcher diese Abtretung annimmt.

10.1900 Schiedsgutachterklausel

1. Wenn zwischen den Vertragsparteien streitig ist, ob und inwieweit die erbrachte Werkleistung entweder im Erfüllungsstadium (vor Abnahme) oder im Gewährleistungsstadium (nach Abnahme) nach ihren Sacheigenschaften mangelhaft oder sonst vertragswidrig ist, wird zu der Behauptung der Vertragswidrigkeit ein Schiedsgutachten eingeholt (obligatorisches Schiedsgutachten).
2. Der Schiedsgutachter hat die Aufgabe, den tatsächlichen Zustand der gerügten Werkleistungen zu ermitteln und festzustellen,
 - ob die in den Vertragsbestandteilen vereinbarte Beschaffenheit der Werkleistung gegeben ist und ob diese den anerkannten Regeln der Technik entspricht;
 - in Ermangelung einer solchen Vereinbarung, ob die Werkleistung die nach dem Vertrag vorausgesetzte Eignung, somit die Eignung für die gewöhnliche Verwendung, aufweist und eine Beschaffenheit hat, die bei ~~Bauleistungen~~ **Werkleistungen** der gleichen Art üblich ist und der Auftraggeber nach der Art des Werkes erwarten kann.

Der Schiedsgutachter hat ferner festzustellen, welche technische Ursache eine festgestellte Vertragswidrigkeit hat und welcher der am Bau Beteiligten diese Ursache auf welche Weise gesetzt hat. Sofern die Vertragswidrigkeit ihre Ursache im Bereich der Planung des ~~Bauwerkes~~ **Werkes** oder im Bereich der (Vor-) Leistung anderer Unternehmer oder in der Beschaffenheit des Baugrundes hat, hat der Schiedsgutachter darzulegen, ob der Auftragnehmer diese Ursache bei Anwendung der von ihm nach dem Vertrag oder üblicherweise zu erwartenden Sachkunde hätte erkennen können.

Er hat ferner darzulegen, ob der vertragsgemäße Zustand im Rahmen einer Mangelbeseitigung oder nur durch Neuherstellung zu verwirklichen ist und welche Kosten hierfür anfallen. Der Sachverständige hat, falls eine Mangelbeseitigung in Betracht kommt, die Art und Weise festzulegen.

3. Das Schiedsgutachten ist für die Vertragsparteien im Rahmen des § 319 Abs. 1 BGB gerichtlich und außergerichtlich bindend.
4. Das Schiedsgutachten wird auf Antrag einer Vertragspartei in Auftrag gegeben/eingeholt. Der Schiedsgutachter (öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger) soll von den Vertragsparteien einvernehmlich ausgewählt werden. Sofern sich die Vertragsparteien nicht innerhalb von zwei Wochen ab Zugang des Antrages auf Einleitung des schiedsgutachterlichen Verfahrens bei der Gegenseite auf die Person des Schiedsgutachters einigen, wird der Schiedsgutachter von dem Präsidenten der für den Ort der Baustelle zuständigen Industrie- und Handelskammer bestimmt.
5. Die Kosten des Schiedsgutachtens sind von beiden Vertragsparteien je zur Hälfte vorzuschießen. Die endgültige Kostentragungspflicht bestimmt sich danach, in welchem Umfang die widersprechenden Tatsachenbehauptungen der beiden Vertragsparteien durch das Schiedsgutachten bestätigt oder widerlegt werden.

10.2000 Schlussbestimmungen

10.2005 Vertraulichkeit

1. Der Auftragnehmer hat alle Informationen, die das Projekt betreffen, vertraulich zu behandeln, sofern sie nicht auf Grund von Presseveröffentlichungen, öffentlichen Verwaltungsverfahren oder ähnlichem allgemein bekannt sind oder die Offenlegung zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag erforderlich ist. Mitteilungen über die Erteilung bzw. den Inhalt des Auftrages oder andere auftragsbezogene Informationen, insbesondere Presse- und sonstige Veröffentlichungen, dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers erfolgen. Vom Auftraggeber erhaltene Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers an nicht am Projekt Beteiligte weitergegeben werden.

2. Der Auftragnehmer hat seine Mitarbeiter und etwaige Subunternehmer in entsprechendem Umfang zur Vertraulichkeit zu verpflichten.
3. Des Weiteren sind der Auftragnehmer, sämtliche Mitarbeiter des Auftragnehmers und etwaige Subunternehmer des Auftragnehmers verpflichtet, Stillschweigen über alle im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Kenntnis gelangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers zu wahren. Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf die Zeit nach der Beendigung der vertraglichen Tätigkeit und kann nur vom Auftraggeber aufgehoben werden.

10.2010 Gerichtsstand

Als Gerichtsstand wird vereinbart, sofern die Voraussetzungen des § 38 ZPO vorliegen: Darmstadt.

Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen